

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1908

205 (3.9.1908)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementpreis: Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 70 Pfg., vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Ablagen abgeholt, monatlich 65 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.

Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 3144.
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einseitige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 3 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag

Verlagsdruckerei Gerd & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Redaktion, Legte Post, Beuilleton und Unterh.-Beilage: W. K. O. 16; für den übrigen Inhalt: Herm. Kadel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Biegler in Karlsruhe.

Zur Abstimmung der badischen Fraktion

lieber Genosse Eichhorn im „Vorwärts“:

Nachdem Genosse Kolb, einer der Wortführer der Fraktionsmehrheit, die für das badische Budget stimmte, diese Abstimmung begründet, wird es nicht verfehlt sein, wenn auch als bisheriges Mitglied der badischen Kammerfraktion meine Meinung zu der Frage ausspreche.

Kolb schreibt:

„Jedenfalls eine Einmischung in unsere spezielle badische Politik und die ihr entsprechende Taktik von Berlin aus können wir ebenso höflich wie entschieden ab. Damit soll nicht gesagt sein, daß wir gutgemeinten Ratschlägen, auch wenn sie aus Berlin kommen, kein Gehör schenken. Wo man aber solche für angebracht und zweckmäßig hält, müssen sie in einem Tone und in einer Form gemacht werden, die nicht verletzend sind.“

Kolbs Auffassung von dem Charakter der deutschen Gelempartei ist grundfalsch. Es gibt keine spezielle badische sozialdemokratische Politik, wie es keine selbständige badische oder sächsische oder preussische Partei gibt, deren jede sich die Einmischung der Parteileitung verbitten könnte. Der Föderationscharakter des Reichs ist nicht übertragbar auf die Partei, wir haben vielmehr eine geschlossene deutsche Partei. Bestimmt durch den internationalen Charakter der Partei, maßten wir uns sogar an, uns in die sozialistische Politik ausländischer Blätter einzumischen und — wie die Ergebnisse unserer internationalen Kongresse zeigen — nicht ohne Erfolg!

Und nun zur Budgetbewilligung selbst.

Kolb schreibt:

„Die badische sozialdemokratische Landtagsfraktion ist verpflichtet, innerhalb des Rahmens der Parteigrundsätze und Parteibeschlüsse tätig zu sein.“

Dieser Satz ist ihm gewissermaßen Voraussetzung seiner Ablehnung einer „Berliner“ Einmischung. Gut! Gegen ihn vertritt die Zustimmung der Fraktionsmehrheit zu dem Budget! In der Lübecker Resolution, die hier maßgebend ist, heißt es ganz klar: „eine Zustimmung zu dem Budget kann nur ausnahmsweise aus zwingenden, in besonderen Verhältnissen liegenden Gründen gegeben werden!“ Genosse Bebel, der Vater dieser Resolution, der sie vor der Einbringung mit Liebk, David, Stolten und wahrscheinlich auch noch anderen Vertretern in bundesstaatlichen Landtagen besprach, gab auch die beiden seiner Auffassung nach einzig in Frage kommenden Beispiele, was unter solchen ausnahmsweisen Fällen zu verstehen sei: einmal, wenn durch unsere Zustimmung zu dem einen ein anderes für die Steuerzahler und das Volk schlechteres Budget ferngehalten werden könne (Anwendung der Theorie vom kleineren Uebel), und dann, wenn wir in einem Parlament die Mehrheit haben und in die Lage kommen, ein nach unserer Auffassung gestaltetes Budget zur Annahme und Durchführung zu bringen.

Beide Fälle liegen hier nicht vor! Es sind aber auch keine anderen „zwingenden und besonderen Gründe“ vorhanden, die ausnahmsweise die Zustimmung rechtfertigen.

In der offiziellen Erklärung der Fraktionsmehrheit heißt es:

„Mit Rücksicht darauf, daß für die kommende Budgetperiode verhältnismäßig erhebliche Beträge zur Erhöhung der Beamtenegehälter und Arbeiterlöhne angefordert werden, stimmt die sozialdemokratische Fraktion für das Finanzgesetz.“

Auch in anderen Sessungen mußten die erbärmlichen Löhne der Eisenbahnarbeiter usw. etwas erhöht werden, es wurden auch dringend nötige Erhöhungen der Lehrgelöhler beschlossen; die Fraktion hatte gewiß das größte Verdienst um diese Fortschritte, aber sie stimmte bestwegen doch gegen das Gesamtbudget! Die Arbeiter und Beamten wären auch diesmal nicht um ihre Zulagen gekommen, wenn die neun Mann der Fraktion am Prinzip festgehalten hätten, denn das Budget wurde ja einstimmig — mit circa 70 Stimmen — angenommen! Ja, hätten wir die Mehrheit gehabt und unter solchen besonderen Verhältnissen das nach unserer Auffassung gestaltete Budget angenommen, dann wären die kleinen Beamten ganz wesentlich besser bei der Gehaltsregulierung weggekommen, und das Beamtengesetz wäre kein Ausnahmegesetz gegen Frauen geworden, als welches man es ohne Übertreibung ansprechen kann.

Aber die Mehrheit der Fraktion legte Wert darauf, die Verantwortung für dieses Beamtengesetz, das die Frauen nicht einschließt als die Männer und das keine Gewähr gegen Maßregelung politisch unbequemer Leute bietet, mitzutragen! Und es heißt in der offiziellen Motivierung der Abstimmung weiter:

„Nachdem die sozialdemokratische Fraktion am Zustandekommen der Beamtengesetze nach besten Kräften mitgearbeitet hat, hält sie sich für verpflichtet, mitzuwirken bei der Beschaffung derjenigen Mittel, die zur Ausführung dieser Gesetze notwendig sind. Nur aus diesem Grunde hat die Fraktion es

unterlassen, ihr Mißtrauen gegen die Regierung durch Ablehnung des Gesamtgesetzes zum Ausdruck zu bringen.“

Es ist noch sehr zweifelhaft, ob es notwendig ist, sich für ein Beamtengesetz, wie das vorstehend charakterisierte, und für einen Gehaltstarif, der nach oben wohl sehr erheblich, nach unten aber recht bescheiden ausfalle, so stark ins Zeug zu legen. Aber gut, die Fraktion hat beiden zugestimmt, und es ist von keiner Seite ernsthaft die Ablehnung begehrt worden. Aber anders steht es mit der Beschaffung der Mittel: das Vorgehen der Regierung war hierin im ersten Stadium wirklich fortschrittliche Politik: sie verlangte Erhöhung der Vermögenssteuer von 11 auf 12 Pfg. pro 100 M. Steuerkapital und wollte durch die erzielte Mehreinnahme eine alte ungerechte Fleischsteuer, welche jährlich circa 800 000 M. bringt, aufheben.

Die Vertreter des Besitzes, die nationalliberale und die Zentrumsparthei, lehnten eine Erhöhung der Vermögenssteuer ab. Ganz begreiflich. Sie wollten Rücksicht auf ihre Klasse nehmen und gleichzeitig Wahlpolitik treiben, denn im nächsten Jahre sind die Landtagswahlen. Aber unbegreiflich ist, daß unsere Genossen schon zu Beginn der Session bei der Festsetzung des provisorischen Steuerfußes der vorläufigen Forterhebung der Steuer, dem niederen Steuerfuß von 11 Pfg. Vermögenssteuer zustimmten!

Bei der definitiven Festsetzung ist nicht mehr viel zu retten gewesen. Die Vermögenssteuer wurde trotz der Anträge unserer Vertreter in der Budgetkommission nicht erhöht, dafür aber eine weitere Erhöhung der Einkommensteuer von 10 Proz. vorgenommen. Vor einigen Jahren wurde diese Steuer bereits um 20 Proz. erhöht; es ruht also jetzt ein volles Drittel Steuern mehr auf den Einkommen, wobei — was hier ausschlaggebend — auch die kleinen Einkommen getroffen werden, während die Vermögen des landwirtschaftlichen und des industriellen Kapitals schonung finden!

Und um diese kapitalistische Steuerpolitik zu krönen, lehnte die Mehrheit des Landtages den Regierungsvorschlag, die Fleischsteuer aufzuheben, ab! Der Referent, Oberbürgermeister Dr. Wildens, zitiert selbst aus einer Fleischpetition:

„Die vielfach verbreitete Annahme, diese Steuer werde regelmäßig vom Metzger getragen, ist irrig. Die Fleischsteuer bildet vielmehr einen Teil der Produktionskosten, die unter normalen Verhältnissen dem Metzger im Verkaufspreis seiner Ware wieder ersetzt werden. In Zeiten hoher Viehpreise mag er vorübergehend außerstande sein, sie wieder abzuwälzen; er wird sich dann aber bei sinkenden Viehpreisen für jene Einbuße wieder zu entschädigen suchen. Der eigentliche Träger der Fleischsteuer ist also der Fleischkonsument. Doch wird dieser von ihr nicht nach seiner Leistungsfähigkeit, die den Maßstab einer gerechten Besteuerung bildet, sondern nach seinem Verbrauch belastet, der hauptsächlich von der Größe seiner Familie und von der Intensität seiner Tätigkeit abhängt.“

Diese Erwägungen waren für die bürgerliche Mehrheit vielleicht ein Grund mehr, gegen die Abschaffung dieser Fleischsteuer zu stimmen; aber wie in aller Welt kommen Sozialdemokraten dazu, einem Steuergesetz, das an einem relativ niederen Steuerfuß bei einer stark agrarisch gearteten Vermögenssteuer festhält, das die Aufhebung der indirekten Fleischsteuer ablehnt und dazu noch die Einkommensteuer für die niederen Einkommen um 10 Prozent erhöht, zuzustimmen?

Man kann also sehen, wie man will, die „zwingenden“ Gründe, welche die Fraktionsmehrheit nötigten, gerade wegen der Gehaltserhöhungen dem Budget zuzustimmen, finden sich nicht! Dagegen enthält die Motivierung der Zustimmung selbst eine Reihe von Gründen, die, unabhängig von der prinzipiellen Seite, für strikte Ablehnung des Budgets sprechen. Die Erklärung besagt in dieser Beziehung:

„Diese Abstimmung soll kein Vertrauensvotum für die Regierung sein. Die Politik des Ministeriums wird vielmehr, wie bisher, von der Fraktion energisch bekämpft werden, da die Regierung wiederholt in Wort und Tat, wie z. B. im Falle des Eisenbahnarbeiters Schäufele, den Grundsatze der staatsbürgerlichen Gleichheit gegenüber Angehörigen der sozialdemokratischen Partei verletzte und durch ihre Haltung im Bundesrat, namentlich auch bei Beratung der Reichsfinanzreform, wichtige Volksinteressen schädigte.“

Na, also! Keine durchschlagenden Gründe, für das Budget zu stimmen, aber Ursache genug, der Regierung ein direktes Mißtrauensvotum auszustellen! Und doch Zustimmung zum Budget?!

Kolb schiebt schließlich die Schwierigkeit ein, diese Widersprüche begreiflich zu machen, er spielt die ganze Budgetabstimmung auf eine reine Formsache hinaus und stößt damit natürlich wieder die Deklaration über den Kaufen, die sowohl der Frankfurter als der Lübecker Parteitag der Budgetbewilligung gaben! Kolb sagt:

„Vor der Abstimmung über den Gesamtetat wird im badischen Landtag über jedes einzelne Budget besonders abgestimmt. Die Gesamtabstimmung ist nur ein formeller Akt, durch welchen die vorhergegangenen materiellen Beschlüsse in keiner Weise mehr beeinflusst werden. Die badische sozial-

demokratische Landtagsfraktion hat nun einstimmig allen Einzelstats, sowie allen Gesetzen, die diesem Landtag vorgelegt haben, zugestimmt. Unter diese Gesetze fällt auch das erst vor einigen Tagen verabschiedete Steuergesetz, dem auch die beiden dissentierenden Fraktionskollegen zugestimmt und damit der badischen Regierung de facto die Mittel zum Vollzug des Budgets bewilligt haben. . . . Es hat gar keinen Sinn, bei der rein formellen Abstimmung über den Gesamtetat „Nein“ zu sagen, wenn man zuvor allen Gesetzen und allen Einzelbudgets zugestimmt hat.“

So wie Kolb die Sache darstellt, liegt sie nun doch nicht; erstens hat die Fraktion sicher nicht allen Einzelbudgets zugestimmt. Ich weiß es zwar nicht ganz genau, da ich mich in dieser Session infolge meiner Abwesenheit im Reichstag nur recht wenig an den Landtagsarbeiten beteiligen konnte; aber ich kann nicht glauben, daß von der Fraktion dem Kultusbudget, der Zivilliste, den Ausgaben für Gesandtschaften, für die Ordenskanzlei usw. zugestimmt wurde! Dann aber ist die Abstimmung über die Einzelstats in Erwartung der namentlichen Abstimmung über das Gesamtbudget auch eine so formlose, daß nicht auf Zustimmung eines jeden, der sich bei den Hunderten von Positionen, die ihm nicht passen, nicht dagegen erhebt, geschlossen werden kann! Das Schwerkgewicht liegt im Landtage wie im Reichstage eben im Finanzgesetz, das alle Einzelpositionen zusammenfaßt! Und wie das Budget als Ganzes aufzufassen ist, als Ausdruck des gesamten Regierungssystems, so muß auch die Schlussabstimmung darüber das Fazit unserer Stellung zu diesem System sein!

Man kann da nicht willkürlich sagen, die Zustimmung soll kein Vertrauensvotum sein. Selbst dann nicht, wenn ein Minister zu Hilfe kommt und sich über das „Mißtrauen“ der budgetbewilligenden Sozialdemokraten beklagt!

Der Minister Honsell hielt es vielleicht aus Rücksicht auf den gegenwärtig etwas sozialistenfeindlichen Regierungskurs in Baden für nötig, die Staatsfeindlichkeit der Sozialdemokraten besonders zu unterstreichen. Umsonst bemühte sich der Führer der Demokraten, Professor Reimburger, im Interesse eines bei den nächsten Wahlen etwa nötig werdenden Großblocks, eines Bundes von Nationalliberalen bis zu den Sozialdemokraten, sofort nachzuweisen, daß die Sozialdemokraten keineswegs staatsfeindlich seien, wenn sie einem Minister ihr Mißtrauen aussprechen! Recht hat er damit, nur galt es bisher für selbstverständlich, daß Sozialdemokraten Feinde des Gegenwartsstaates sind!

Wenn es so weiter geht, wird allerdings die Mehrheit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion dieses bürgerliche Loß bald verdienen! Aber man darf dann nicht mehr behaupten, daß man innerhalb des Rahmens der Parteigrundsätze und der Parteitagbeschlüsse handelt!

Deutsche Politik.

Der Kronprinz und die Finanzreform.

Ein Berliner Sensationsblatt weiß zu melden, daß der Kronprinz für die Reichsfinanzreform ein ganz besonderes Interesse an den Tag legt. Er läßt sich nicht bloß alle Zeitungsausschnitte sammeln, die sich mit der Materie befassen, sondern hat sich sogar aus der Bibliothek des Ministeriums finanzwirtschaftliche Bücher entliehen, die er mit zur Parade nach Weg nahm, um dort in seinen freien Stunden finanzwissenschaftliche Studien zu treiben. Weiter kann die Kriecherei vor einem Fürstenthron kaum noch getrieben werden. Und diese Sorte Presse jamert, wenn sie von den „höchsten“ Kreisen gelegentlich einmal so behandelt wird, wie sie es verdient.

Soldatenschilder.

Wegen Mißhandlung eines Untergebenen stand der Vizefeldwebel Franz Schumann von der Dekonomieabteilung des 1. Armeekorps vor dem Königsberger Kriegsgericht. Schumann hatte den Dekonomiehandwerker Otto Riemann dreimal an den Ohren gerissen, und zwar das letzte Mal am 28. Juli d. J. mit dem Erfolg, daß Riemann infolge der Mißhandlung im linken Ohr eine Zerreißung des Trommelfelles davontrug. Die Mißhandlung wurde in der Weise vorgenommen, daß der Angeklagte sein Opfer an beiden Ohren fakte und diese herumdrehte. Während Riemann bezüglich der beiden ersten Fälle keine Meldung machte, brachte er den letzten Fall zur Anzeige, da er, wie er sich gleich nach der Tat des Vizefeldwebels zu einem Kameraden geäußert hatte, keine Lust habe, sich zum Krüppel machen zu lassen. Die Ursache zu der Mißhandlung soll der Umstand gegeben haben, daß Riemann, der Schuhmacher ist, an demselben Tage bis 1/2 4 Uhr nachmittags nur 200 Paar Absätze angefertigt hatte, während nach der Ansicht seines Reinigers 250 Paar hätte fertig werden müssen. Mit Rücksicht auf die bisherige gute Dienstführung des Angeklagten beantragte der Anklagevertreter 10 Tage gelinden Arrest. Das Gericht erkannte auf 14 Tage gelinden Arrest und meinte, der Angeklagte

habe für seine Tat einen genügenden Grund nicht angeben. Sei es, daß er infolge einer üblen Angewohnheit begangen, oder daß er sich in der seiner Aufsicht unterstellten Abteilung gewissermaßen eine Pascha-wirtschaft angeeignet habe. Seine Tat sei geeignet, bei den Leuten Mißstimmung zu erregen, die dann in Zerstörung von Dienstgegenständen oder auf andere Art sich leicht bei den Soldaten Luft machen könne. Solchen Uebergriffen müsse daher energisch (?) entgegengetreten werden; daher bekam der Angeklagte die „enorm strenge“ Strafe von — 14 Tagen gelinden Arrests.

Etwas schlechter ging es dem Sergeanten Schulz vom Trainbataillon Nr. 1. Er hatte den Soldaten Brüd mit der Knospfische in der brutalsten Weise mißhandelt. Seinem Opfer hatte er dreißig Stöße versetzt, die blutunterlaufene Striemen zurückließen. Dafür bekam der Soldatensinder 45 Tage Gefängnis. In einem anderen Falle mußte er freigesprochen werden, da der Mißhandelte als Zeuge zu seiner belastenden Aussage zu bewegen war, obwohl er im Vorverfahren ganz bestimmte Angaben über die Mißhandlungen gemacht und der Angeklagte die Möglichkeit zugegeben hatte, sich auch an diesem Soldaten vergriffen zu haben.

Das Schicksal der Krankenkassen.

Eine Fachzeitschrift für die Betriebskrankenkassen ist in der Lage, nähere Mitteilungen über die in Aussicht stehende „Reform“ zu machen. Beabsichtigt ist eine umfassende Zentralisation durch Verschmelzung gleichartiger Kassen. Für die Abgrenzung sind die berufsgenossenschaftlichen Bezirke als maßgebend ins Auge gefaßt.

Zu der inneren Organisation sollen grundsätzlich Rechte und Pflichten der Unternehmer und Arbeiter gleich sein und die Beiträge von Unternehmern und Arbeitern zu gleichen Teilen getragen werden. Die Kassenvorstände sollen einen „unparteiischen“ Vorsitz erhalten, der vom Kommunalverbande, das heißt, meist vom Kreisrat zu bestellen ist, bei Stimmgleichheit den Ausschlag gibt und in der Regel die Geschäfte des Vorstandes allein wahrnimmt.

Damit wären die Wünsche des Verbandes deutscher Industrieller, bei denen Bethmann-Sollweg zu Gast war, erfüllt. Das Reichsamt des Innern hat vor den Bund und Konsortien kapituliert. Nach obigem Vorschlag wäre die Selbstverwaltung der Ortskassen nicht nur befristet, die Ortskrankenkassen selbst würden zu einer Versorgungsanstalt für Militärärzte herabgedrückt werden. Herr v. Bethmann-Sollweg, der in dem Falle ein getreuer Fridolin des Großkapitals sein will, wird auch keinen besonderen Widerstand leisten, wenn es dem Koalitionsrecht an den Krügen gehen soll.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Nürnberg 1908.

Bildungsausschuß. XIII.

Allgemeines.

Im verfloffenen Jahre haben die organisierten Arbeiter in allen Gegenden Deutschlands mit regem Eifer die Bildungsangelegenheiten in die Hand genommen, an Form und Umfang zwar — je nach den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln und der anderen Vorbedingungen — verschieden, im guten Willen und in der Absicht, damit dem Befreiungskampfe zu dienen, alle gleich.

Aber auch nach edlen, künstlerischen Genüssen sehnen sich die Arbeiter. Sie empfinden es bitter, daß sie bisher von der Kunst und ihren Freuden abgesperrt worden sind und daß man ihnen höchstens werlose Pseudokunst geboten hat. Die organisierten Arbeiter sind heute wirtschaftlich zu einem Faktor herangeblichen, der sich auch auf Gebieten Beachtung zu verschaffen weiß, auf denen er früher gar nicht mißsprach. In vielen Städten stehen den organisierten Arbeitern die Theater für Nachmittags- (gelegentlich auch für Abend-) Vorstellungen zur Verfügung, bei sonstigen künstlerischen Veranstaltungen (Konzerten, Ausstellungen) erleichtert man ihnen den Besuch und zahlreiche hervor-

ragende Künstler (Schauspieler, Sänger, Rezitatoren) sind jederzeit gern bereit, vor einem Arbeiterpublikum vorzutreten.

In diesem großen Bildungsseifer, der mit Freuden zu begrüßen ist und der nach wie vor mit allen Kräften gefördert werden muß, liegt aber auch eine gewisse Gefahr, vor der wir warnen müssen. Die Bildungsbewegung darf heute nicht als Selbstzweck betrachtet werden, der sie als gleichberechtigte Institution neben Partei und Gewerkschaften stellt. Sondern die Weiterbildung soll sich dem großen Zweck der modernen Arbeiterbewegung unterordnen, sie soll ihm dienen. Und darum darf sie nicht, besonders nicht in ihrem unwichtigeren künstlerischen Teil, breitspurig in den Vordergrund treten und den parteipolitischen und gewerkschaftlichen Aktionen hindernd in den Arm fallen. Diese Gefahr tritt ein, wenn die Bildungsprogramme zu umfangreich und bunt sind. Leicht gewöhnen sich dann die indifferenten Elemente der organisierten Arbeiter daran, in ihrer Teilnahme an den Bildungsveranstaltungen eine wesentliche Partei- oder Gewerkschaftstätigkeit zu sehen, während umgekehrt eine richtig geleitete Bildungsarbeit die Teilnahme der Arbeiter an den politischen und gewerkschaftlichen Aktionen steigern und beleben muß. Und vor einer weiteren Gefahr möchten wir die Leiter von Bildungsveranstaltungen warnen: sie müssen jetzt fast gewissenhafter als sonst vor Pseudowissenschaft und Pseudokunst auf der Hut sein. Der neuerwachte Bildungsseifer der Arbeiter kann leicht von gewissen Spekulanten auf die Unzulänglichkeit des einfachen Arbeiters ausgenutzt werden. In den Anleitungen, die der Bildungsausschuß im vorigen Jahre verfaßt hat und die er auch in diesem Jahre in erweiterter Form herausgegeben und verstanden wird, können sich die Parteigenossen im wesentlichen über die Voraussetzungen einer guten, belehrenden oder künstlerischen Veranstaltung informieren.

Im übrigen ist der Bildungsausschuß jederzeit zu Rat und Hilfe bereit, soweit er dazu in der Lage ist. Auch in dem verfloffenen Jahre hat er darin einen wesentlichen Teil seiner Tätigkeit gesehen. Bei dieser helfenden und anregenden Tätigkeit, die diese Zahlen widerspiegeln, ging der Bildungsausschuß aber niemals von dem Gedanken aus, schablonisieren oder nach irgend einem organisatorischen Schema zu arbeiten.

Lokale Bildungsausschüsse.

In vielen Orten sind Bildungsausschüsse eingesetzt worden; in den meisten Fällen von der örtlichen Parteiorganisation und von dem Gewerkschaftsstartell gemeinsam, gelegentlich auch nur von einer der beiden Instanzen. Diese Bildungsausschüsse (oder Bildungscommissionen oder Bildungsinstitute) haben die Aufgabe, für die Gesamtheit der organisierten Arbeiter an dem betreffenden Orte alle Veranstaltungen belehrenden und künstlerischen Charakters zu arrangieren.

Daß Bildungsveranstaltungen nicht den Zweck haben, finanzielle Ueberschüsse abzuwerfen, sondern, daß in den meisten Fällen umgekehrt erhebliche Geldauswendungen notwendig sind, um gute Bildungsarbeit zu leisten, wird von den Organisationen fast allgemein gewürdigt. Besonders in den größeren Städten leisten die sozialdemokratischen Vereine und die Gewerkschaftsstartellen von ihnen eingesetzten Bildungsausschüssen aus diesem Grunde nennenswerte Zuschüsse.

Die wissenschaftlichen Wanderkurse.

Die wichtigste Tätigkeit des Bildungsausschusses im verfloffenen Jahre war die erstmalige Organisation von wissenschaftlichen Wanderkursen. Zwar hat die Geschäftsstelle auch in zahlreichen Fällen Redner für Einzelvorträge vermittelt, aber da für die wissenschaftliche Aufklärungsarbeit zusammenhängende Vortrags- und Unterrichtskurse ungleich wertvoller sind, kam es dem Ausschusse zunächst darauf an, die organisierten Arbeiter mit dem Wesen und dem Zweck wirtschaftlicher Kurse durch die Praxis vertraut zu machen. Für die Abhaltung der Kurse waren die beiden Genossen Dr. Hermann Dunder und Otto Mühle gewonnen worden, die vom September 1907 bis zum Mai 1908 für den Bildungsausschuß tätig gewesen sind.

Die beiden Genossen wurden von Anfang an so oft verlangt, daß sie in der ganzen Zeit beschäftigt werden konnten. Nur im Frühjahr 1908, als die Landtagswahlbewegung die preussischen Genossen in Anspruch nahm, entfiel eine kleine Lücke.

In einem Prospekt, den die Geschäftsstelle im Juli 1907 an die Bildungsausschüsse, sozialdemokratischen Vereine und Gewerkschaftsstartellen verfaßt hatte, waren Vortrags- und Unterrichtskurse empfohlen worden. Der Unterschied zwischen beiden besteht im wesentlichen darin, daß bei den ersteren die Teil-

nehmerzahl nicht begrenzt zu werden braucht, oder wenn doch, erst bei 250 bis 300 Teilnehmern; zu den Unterrichtskursen können dagegen nur 30 bis 40, allerhöchstens 50 Teilnehmer zugelassen werden. Es wurde empfohlen, zu solchen Unterrichtskursen nur die befähigsten und bildungsbegeisterten Genossen heranzuziehen; möglichst durch Anwendung eines Delegations-systems. Auch Vortragskurse können durch Delegation zusammengeführt werden, was den Vorteil mit sich bringt, daß die von den Gewerkschaften und den anderen Korporationen gewählten Teilnehmer mit größerer Gewissenhaftigkeit an den Kursen teilnehmen.

Die systematische Aufklärungsarbeit der beiden festangestellten Wanderredner ist in dem Zeitraum September bis Mai an 232 Abenden 29 Hauptorten (und über 100 Nebenorten) zugute gekommen. In 15 Orten fanden Unterrichtskurse, in 14 Orten Vortragskurse statt. Die Teilnahme war 13mal durch Delegation geregelt. An den Unterrichtskursen haben 636 Genossen und 12 Genossinnen, an den Vortragskursen 3241 Genossen und 127 Genossinnen teilgenommen. Sehr erfreulich sind die Zahlen über den Durchschnittsbefuch. An den Unterrichtskursen nahmen regelmäßig 90 Proz., an den Vortragskursen 88 Proz. der eingeschriebenen Hörer teil. Durch diese Zahlen ist das früher sehr häufig erhobene Bedenken zerstreut, daß bei Vortragskursen die Teilnehmer von Vortrag zu Vortrag in größerer Zahl fortbleiben würden.

Der Bildungsausschuß hat auch die Anstellung weiterer Wanderredner ins Auge gefaßt; die zahlreichen Vorstellungen von Kursen für den Winter 1908/09, die bis jetzt schon bei der Geschäftsstelle eingegangen sind, machen diese Absicht zur Notwendigkeit.

Schon in der Berichtsperiode konnte der Bildungsausschuß nur dadurch den zahlreichen Wünschen nach Kursen gerecht werden, daß sich einige andere parteigenössliche Kräfte in den Dienst der wissenschaftlichen Wanderkurse stellten. Es waren dies die Genossen Julian Vorchardt (Nationalökonomie), Max Schütte (Parteigeschichte und Parteiprogramm), Herrn Wendel (Partei-geschichte) und Arbeitersekretär Hermann Müller (Gewerkschafts-wesen). An diesen Kursen haben insgesamt 1477 Hörer teilgenommen, so daß damit die Gesamtzahl der Teilnehmer an den vom Bildungsausschuß veranstalteten Kursen auf 5498 steigt.

Zur Budget-Abstimmung.

Gausen.

Die Budget-Abstimmung löste auch in der hiesigen Mitgliedschaft des sozialdemokratischen Reichstagswahlkreises in der am Samstag, den 29. Aug., stattgefundenen Mitgliederversammlung eine lebhafteste Diskussion aus. Ohne Ausnahme begrüßten die Genossen die Zustimmung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zum Budget als eine Maßnahme, die geeignet ist, dem ewigen Geschimpfe der Gegner, die Sozialdemokratie verfolge wohl schöne Reden zu halten, von praktischer Arbeit aber wollte sie nichts wissen, ein Ende zu machen. Die Versammlung schloß sich einstimmig der Lörracher und Freiburger Resolution an.

Die unliebsame Zeitungspolemik Kolb-Ged beurteilte die Versammlung als im höchsten Grade bedauerlich, ist es doch letzten Endes immer die Arbeiterschaft selbst, welche die Partei für solche Vorkommnisse bezahlen muß. Die Resolutionsurkunde wurde von der Versammlung ebenfalls einer Betrachtung unterzogen, die Meinung ging dahin, daß es den Verfassern der Resolution als Sozialdemokraten mindestens möglich sein müßte, ihrer Antipathie gegen die derzeitige „Volksfreund“-Redaktion in etwas weniger scharfmacherischer Form zum Ausdruck zu bringen. Vom Nürnberger Parteitag erwartet die Versammlung fruchtbringende Arbeit.

In Stuttgart.

tagte am Montag Abend die Fortsetzung der Versammlung vom Freitag, über die bereits berichtet wurde; da es am Montag zur Schlusabstimmung kam, kann der Bericht kurz sein. Es kam zunächst Gen. Brückner, früher Vorsitzender des Grobverbundes, zum Wort und verteidigte die Budgetaufstellung, indem er dies von Zweckmäßigkeitsgründen abhängig macht und zum Ausdruck bringt, daß die Regierung, demnach der Etat bewilligt wurde, dies noch nie als Vertrauensvotum aufgefaßt haben. Ueber die Auskunftsverweigerung

Die Mutter.

Sozialer Roman von Maxim Gorki.

Einsig autorisierte Uebersetzung von Adolf Geh.

66)

(Nachdruck verb.)

(Fortsetzung.)

Die Mutter breitete die Hände weit aus . . . „Hört zu . . . um Christi willen! All ihr — Lieben . . . all ihr — Herzensfreunde . . . blickt ohne Furcht drein . . . ohne Angst . . . Was ist geschehen? Unsere Kinder gehen in die Welt . . . suchen uneigennützig den Pfad für einen neuen, geraden, breiten Weg! Für uns alle, für eure Kleinen haben sie das schwere Kreuz auf sich genommen . . .“

Ihr Herz gerißt, in ihrer Brust war es eng, im Halse trocken und bitter. Tief in ihrem Innern entstanden Worte einer großen, alles und alle umfassenden Liebe, die ihr die Zunge verbrannt und sie immer stärker, immer freier in Bewegung setzten.

Sie sah; man schwieg, man hörte ihr zu; sie fühlte: die Leute glaubten ihr, umringten sie dicht, und in ihr wuchs der Wunsch — jetzt schon ihr selbst klar — die Leute dorthin zu treiben, hinter ihrem Sohn, hinter Andrej her, hinter allen, die sich den Soldaten in die Hände gegeben, allen, die dort allein geblieben waren, von denen man sich getrennt hatte.

Sie betrachtete die finsternen, aufmerksamen Gesichter ringsum und fuhr weich fort:

„Unsere Kinder gehen zur Freude in die Welt, sie gehen für alle und um der christlichen Wahrheit willen, gegen alles, womit uns unsere bösen, falschen, gierigen Feinde gefangen genommen, gebunden und bedrückt haben! Meine Herzensfreunde — da hat sich unser junges Blut für das ganze Volk erhoben, für die ganze Welt, für alle Arbeiter sind sie dahin gezogen . . . Geht nicht von ihnen, laßt die Kinder nicht allein auf dem Wege. Habt Mitleid mit euch selbst . . . glaubt euren Söhnen — sie haben die Wahrheit gefunden, ihre Herzen sind davon entbrannt, sie gehen ihretwegen zugrunde. Glaubst ihnen!“

Ihre Stimme riß ab, sie schwankte, man sah sie unter den Arm . . .

„Gott hat gesprochen!“ rief jemand erregt und dumpf. „Gott selbst aus ihrem Munde, lieben Leute! Hört zu.“

Ein anderer äußerte sein Bedauern: „Ach, wie sie sich quält!“

Man machte ihm Vorwürfe.

„Sie quält sich nicht, sondern straft uns Narren . . . begreif das!“

Ueber die Menge hin wand sich eine hohe zitternde Stimme: „Nichtsläubige! Mein Witja, die reine Seele, ist hinter den Kameraden hergezogen, hinter den Lieben . . . Sie sagt die Wahrheit. — Warum lassen wir unsere Kinder im Stich? Was haben sie uns Schlimmes getan?“

Die Mutter zitterte unter diesen Worten und ihre Antwort waren leise Tränen.

„Geh nach Hause, Nilowna, geh, Mutter! Du bringst dich um!“ sagte Sifow rasch.

Er war blaß, sein Bart war zerzaust und zitterte. Blöcklich runzelte er die Augen, überflog alle mit strengen Blicken, richtete sich gerade auf und sagte gebieterisch:

„Mein Sohn Matwej ist in der Fabrik umgekommen . . . Ihr wißt das. Aber wenn er am Leben wäre — würde ich ihn selbst zu ihnen, zu denen da, schicken. Ich würde selbst sagen: Geh du auch, Matwej! Geh, das ist richtig . . . Das ist — ehrenhaft!“

Er brach ab, verstummte, und alle schwiegen verdrrießlich, bon etwas Ungeheurem, Neuem stark umfassen, das sie aber schon nicht mehr ängstigte. Sifow erhob die Hand, schüttelte sie und fuhr fort:

„Ein alter Mann spricht. Ihr kennt mich. Neunund-dreißig Jahre arbeite ich . . . dreißig Jahre lebe ich in der Welt. Meinen Neffen, einen sauberen, klugen Jungen haben sie heute wieder aufgegriffen . . . er ist auch vorne neben Blafow gegangen . . . dicht neben der Fahne! . . .“ Er machte eine Handbewegung, bückte sich, ergriff den Arm der Mutter und sagte:

„Dieses Weib hat die Wahrheit gesagt . . . Unsere Kinder wollen in Ehre, in Vernunft leben und wir haben sie im Stich gelassen . . . sind fortgegangen, ja! Komm, Nilowna . . .“

„Ihr lieben Leute!“ sagte sie, alle mit verwirrten Augen

anblickend, „Den Kindern gehört das Leben, ihnen gehört die ganze Erde!“

„Komm, Nilowna, da nimm den Stod.“ sagte Sifow und reichte ihr das Bruststück der Fahnenstange.

Man blickte voll Kummer und respektvoll auf die Mutter, und lärmendes Mitgefühl begleitete sie. Sifow entfernte die Menschen schweigend, sie traten wortlos beiseite, schritten einer unklaren Macht gehorchend, langsam hinter der Mutter her und tauchten halblaute Bemerkungen aus.

Bei ihrem Hauseingange wandte sie sich zu ihnen um, stützte sich auf die Fahnenstange, verbeugte sich und sagte leise und erkranklich:

„Ich danke euch . . .“ Und wieder fiel ihr Herz Gedanken ein — der neue Gedanke, den, wie sie glaubte, ihr Herz geboren hatte — und sie sprach ihn aus:

„Unser Herr Jesus Christus wäre nicht, wenn nicht Menschen zu seinem Ruhm umgekommen wären . . .“

Die Menge blickte sie schweigend an. Sie verneigte sich noch einmal vor den Leuten und ging in ihr Haus; Sifow aber trat mit gesenktem Kopf neben ihr ein.

Die Menschen standen am Tor, sprachen über etwas, und gingen langsam auseinander. (Fortsetzung folgt.)

Aus den Witzblättern.

„Simplicissimus“.

Süddeutsche Schmerzen. „Auratorium — dds kennst ma scho! Meine drei Mark für'n Zepelin hamn' aa konfiguriert. I moach g'wiß, dd verfaust jetzt so a Saupreis in Berlin!“

Trost des Altürken. „Wenn sie mir's zu bunt kreiben, wander' ich nach Preußen aus.“

Stohlfueger. „Ach ja, wenn mer doch alt wär' und der Mann tot wär' und die Kinder groß wärn, daß se einen nähren könnien.“

der Badener sei noch nicht die genügende Aufklärung gegeben, daher solle man das Urteil zurückstellen und dem Parteitag nicht vorgehen. — Gen. Zetkin wird schon beim Auftreten stürmisch von den zahlreich anwesenden Mitgliedern der Jugendorganisation begrüßt. Sie sagt der Mehrheit der künstlich erregten Versammlung nur angenehme Dinge und wird deshalb nicht unterbrochen, wie dies Brüdner, dem späteren Redner Vorhölzer und dem Abg. Heymann gegenüber in der ungenügenden Weise geschieht. Die Gen. Zetkin steht auf dem Standpunkt, daß weder durch die Esslinger Landesversammlung der württ. Sozialdemokraten noch durch den Essener Parteitag die Angelegenheit erledigt sei bezüglich der Abstimmung der württ. Fraktion und eine nochmalige Behandlung in Nürnberg nach dem Vorgehen der Badener und Bayern unerlässlich sei. In den Abgeordnetenkonferenzen sieht die Rednerin die bewußte Durchlöcherung der Parteitagebeschlüsse. Weber die Fraktionen noch die einzelnen Landesorganisationen haben über die Auslegung der Resolution von Lübeck zu entscheiden, sondern nur der Parteitag. Die Masse soll in allen Parteifragen mitentscheiden. Die Reformarbeit soll in enger Verbindung stehen mit dem Endziel, die nur durch enge Verbindung der Berufsparlamentarier mit der Masse möglich ist. Der Parteitag möge die fleißige Arbeit der Parlamentarier anerkennen, aber die Abgeordneten in kameradschaftlicher Form zur Achtung vor den Parteitagebeschlüssen aufrufen und betreiben, daß die Massen zur Mitwirkung angepornt werden. Bezirksleiter Vorhölzer vom Metallarbeiterverband weist eingangs darauf hin, daß man den Fall Schäufele nicht gegen die Badener auspielen solle; dieser habe sich als unsicherer Kantontist erwiesen. Die Mitwirkung der Masse, die so inbrünstig verlangt werde, habe man bei der Anstellung der Stuttgarter Redakteure und sonstigen Parteibeamteten vergeblich gesucht. Die besonderen Verhältnisse in Baden, wo zur Lindeburg der Arbeitslosigkeit Bahnbauten usw. geplant sind, hätten eine Zustimmung zum Etat als notwendig gemacht.

Vorhölzer unterbreitet der Versammlung ersens ein Amendement zur Resolution Dunder-Zetkin. Dasselbe lautet:

In Konsequenz des Vorstehenden, erklärt die Versammlung, daß sie nicht nur die Nichtgenehmigung der Etats in den einzelnen Landtagen oder im Reichstage unter allen Umständen für notwendig erachtet, sondern daß dieselbe Standpunkt auch bei allen anderen Etats, wie Gemeindefinanz- und Kreisverwaltungs, zum Ausdruck gelangen soll.

Als Ausdruck seiner prinzipiellen Ansicht bringt Vorhölzer weiter folgende Resolution ein:

Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Stuttgart-Gamstadt, welche zur Frage der Budgetbewilligung durch die bayerischen und badischen Landtagsabgeordneten der sozialdemokratischen Partei Stellung nimmt, erklärt, daß es in erster Linie Aufgabe der Abgeordneten von Bayern und Baden sowie der dortigen organisierten Parteigenossen sein muß, die Zustimmung zu den Etats im Sinne des dritten Absatzes der Lübecker Resolution zu verweigern.

Die Versammlung enthält sich deshalb einer Abstimmung darüber, ob das Verhalten der dortigen Genossen als Abgeordnete gutgeheißen oder als Disziplinbruch aufzufassen ist. Sie erwartet jedoch vom Parteitag, daß derselbe nach sachlicher Prüfung der Angelegenheit Richtlinien schafft, die einen so unerquicklichen Streit, wie er zurzeit die Partei beherrscht, für die Zukunft unmöglich machen. Vorhölzer.

Sildenbrand beantragt folgende Resolution, die, da Gehmann seine Resolution zurückzieht, an Stelle der Resolution I tritt:

In Erwägung, daß die grundsätzliche Bekämpfung der herrschenden Staats- und Gesellschaftsordnung aus der Gesamttätigkeit der Partei hervorgeht,

in weiterer Erwägung, daß die Gesamtabstimmung über die Finanzgesetze der Einzelstaaten eine reine Zweckmäßigkeitfrage ist, welche nach dem örtlich und zeitlich gegebenen Umständen zu beurteilen ist,

erwartet die Parteiversammlung, daß der Nürnberger Parteitag nach Aussprache mit den beteiligten Genossen in der Frage der Budgetbewilligung einen Beschluß faßt, der die Einigkeit und Geschlossenheit der Partei nach keiner Richtung beeinträchtigt.

Nach kurzen Ausführungen des Gauleiters Berg vom Schuhmacher-Verband, der gegen die Budgetbewilligung ist, aber von einer Beschlußfassung abräumt, um dem Parteitag nicht vorzugreifen, erfolgt der Beschluß der Debatte. — Westmeyer verzichtet auf das Schlusswort; Gehmann macht einige tatsächliche Richtigstellungen; es sei falsch, daß zur Erzielung eines der Fraktion genehmen Beschlusses auf der vorjährigen Landesversammlung mit Mandatsniederlegung

gedroht sei. Redner verliest die Stelle aus der Rede von Dr. Lindemann. Trotz seines Verzichts und entgegen allem Gebrauch hält Westmeyer darauf doch noch sein Schlusswort nach dem Korreferenten und fordert lebhaft zur Annahme der Resolution II (Dunder-Zetkin) auf, die jetzt den Namen Westmeyer trage.

In der Abstimmung wird die schon mitgeteilte Resolution Dunder-Zetkin-Westmeyer mit angeblich 233 gegen 100 Stimmen angenommen, nachdem vorher Amendement und Resolution des Gen. Vorhölzer abgelehnt war; die Resolution Sildenbrand ist damit erledigt. — Bezüglich des Wortlauts der angenommenen Resolution verweisen wir auf die gestrige Nummer unseres Blattes.

Die Erklärung der „Münchener Post“

In welcher angeht die Vorgehens verschiedene norddeutscher Parteiorganisationen, möglich viel Delegierte mit gebundenen Mandaten gegen die süddeutsche Budgetbewilligung auf den Parteitag zu entsenden, den süddeutschen Genossen die Erwägung nahe gelegt wird, ob sie unter solchen Umständen überhaupt noch auf dem Parteitag sich vertreten lassen sollen, wendet sich der „Vorwärts“ in einem längeren Artikel, worin es u. a. heißt:

Die süddeutschen Genossen werden hier zu nichts geringem aufgefordert, als zur Erwägung darüber, ob sie die oberste Instanz der Partei anerkennen, mit anderen Worten: ob sie noch in der Partei bleiben wollen. Wer den Parteitag als eine unwürdige Polizeiform betrachtet, der stellt sich damit außerhalb der Partei. In der Tat eine würdige Art des Revisionismus, sein 10jähriges Parteitagejubiläum zu feiern. Auf dem Stuttgarter Kongress hielt er seinen Einzug mit der Erklärung Bernsteins: die Entwicklung der wirklichen Verhältnisse vollziehe sich anders als Marx und Engels sie erwarteten. Von diesem Versuch einer rein theoretischen Kritik ist der Revisionismus heute bereits herabgesunken zu der Drohung mit der Spaltung der Partei. Wer diese Treibereien duldet, wenn er sie beseitigen kann, der macht sich, auch wenn er es nicht billigt, zum Mitschuldigen an all den schweren Schädigungen und Erschütterungen, die der Partei daraus erwachsen können. Es ist ein Spiel mit dem Feuer, das unsere beiden großen Organe in Bayern wagen. Was vielleicht nur als blendendes und erschreckendes Feuerwerk gedacht ist, kann in der augenblicklichen Situation leicht zum Brande werden, der schließlich die Brandstifter selbst mit Schrecken erfüllt.

Demgegenüber muß der Wahrheit gemäß doch festgestellt werden, daß der Gedanke der Spaltung nicht von süddeutschen, sondern von norddeutschen Parteiorganen zuerst aufgeworfen wurde. In Berlin, Leipzig und anderen Orten wurde er offen ausgesprochen. Zutreffend schreibt die „Münch. Post“:

Das Parteivorstandsmitglied Pfannkuch hat in einer Berliner Versammlung die Bezeichnung „Bertrauensbruch“ für das Verhalten der süddeutschen Parteigenossen zur offiziellen norddeutschen Scheidemünze gestempelt.

Eine Flut von Beschimpfungen zum Teil ganz persönlicher Natur ergießt sich aus den Referaten und Organen der Partei in Norddeutschland auf die Süddeutschen.

Aber nicht genug damit: die irrammen Ankläger, die mit Recht das Prozeßgebaren des Massenstaates bekämpfen, wenden das Schtym des fertigen Urteils für das Gerichtsverfahren der Partei an. Sie lassen ihre Delegierten schwören, daß sie die Verdächtigen beurteilen werden, gleichwie auch ihre Verteidigung sein mag.

Wenn das die Art ist, nach der die Berliner Parteileitung die Geschlossenheit der Partei herbeizuführen vermeint, so ist sie mit Blindheit geschlagen.

Die südbayerische Parteigenossenschaft ist einstimmig der Meinung, daß Geduld und Milde gerade zum Ueberdruß von uns geübt worden sind. Und daß wir uns dafür bedanken, als Parteigenossen z weiter Klasse behandelt zu werden.

Und die „Fränkische Tagespost“ wirft folgende Fragen auf:

Welchen Wert kann man den Parteitag zurechnen, wenn im Voraus für einen bestimmten Zweck eine Mehrheit mit gebundenem Mandat organisiert wird? und welchen Ertrag können dann Debatten haben, wenn ihr Ergebnis von Anfang an feststeht?

Was soll eine so im Voraus zur Minorität beurteilte Gruppe von Delegierten tun, zumal wenn man ihr von Anfang an klar gemacht hat, daß sie eigentlich nicht zur Partei gehört, wenn also das gebundene

Mandat — vergleiche Geher in Leipzig — das Verlangen strikter Unterwerfung oder Ausschluß bedeutet? ...

Seit wann endlich hält man das gebundene Mandat für eine demokratische Forderung? Weiß man wirklich nicht, daß das gebundene Mandat die „parlamentarischen“ Vertretungen im Zeitalter des absoluten Königtums entwertete, daß dagegen das freie und allgemeine Mandat, eine der bleibenden Errungenschaften der großen französischen Revolution ist?

In welcher Weise einzelne norddeutsche Parteiorgane gegen die süddeutschen Landtagsfraktionen vorgehen zu dürfen glauben, zeigt eine kleine Blütenlese der Beschimpfungen, wie sie in den Kritiken über die Budgetabstimmung enthalten waren. Die Vertreter der süddeutschen Parteigenossenschaft in den Landtagen sind darnach: „Parlamentarische Kreuze“, „Verärrer der Partei“, „Meuterer“, „Disziplinbrecher“, „Verächter des Klassenkampfes“, „Kleinbürger“, „Partikularisten“, „Sonderbündler“, „Prinzipienverräter“, „haben keine Ahnung von der Organisation der Partei und den demokratischen Grundsätzen“, „müssen mit glühendem Eisen ausgebrannt werden“.

Den Genossen Eisner hat man als bayerischen Siesel bezeichnet, der bayerische Siesel aber war der Anführer einer Bande von Raubmördern. Genosse Kolb wurde von der „Bremer Bürgerzeitung“ als „Parlamentstiger“ charakterisiert und mit einem Zeitungsjamo auf die gleiche Stufe gestellt.

Gegen diese unerhörten Beschimpfungen hat der „Vorwärts“ bis jetzt kein Wort des Protestes geschrieben, im Gegenteil, er hat sich dieselben teilweise zu eigen gemacht. Und auch der Parteivorstand hat nicht gegen diese Art, die Diskussion über eine strittige Frage zu vergiften, getan. Sollen denn die süddeutschen Genossen sich das alles ruhig gefallen lassen, nur weil sie in der Minderheit sind? Man hat den Revisionisten immer den Vorwurf gemacht, daß die Gegner aus ihren Reden und Artikeln Material gegen unsere Partei schöpfen. Niemals aber wurde den Gegnern eine solche Freude bereitet, als durch die Art, wie jetzt von einigen preußischen Parteiorganen gegen Parteigenossen gehetzt wird. Man lese nur die bürgerliche Presse. Angesichts solcher Diskussionen über eine Frage, über die man zwar verschiedener Meinung sein kann, die sich aber sachlich und ruhig debattieren läßt, werden Tausende und Abertausende, die für unsere Partei gerade im Hinblick auf die traurigen politischen Zustände bei uns für unsere Partei gewonnen werden könnten, abgestoßen. Von den Folgen, welche diese Art der Beschimpfung parlamentarischer Vertreter der Partei bei uns in Süddeutschland haben wird, zumal, wenn in Nürnberg im Sinne der Berliner und Leipziger Genossen verfahren werden sollte, gar nicht zu reden. Das weiß nur der, welcher unsere politischen Verhältnisse genau kennt.

Also Wortwürfe solcher Art, wie sie jetzt der „Vorwärts“ gegen die „Münch. Post“ schleudert, sind unbedeutend, denn sie fallen auf jene zurück, die den neuesten Parteifrakas inszeniert haben. Und dazu gehört in allererster Linie der „Vorwärts“ selbst.

Badische Politik.

Einen bemerkenswerten Beschluß

haben die unterbadischen evangelischen Arbeitervereine auf ihrem dieser Tage in Ahrbach bei Heidelberg stattgefundenen Parteitag gefaßt. Im Bezirk Heidelberg-Land tagte neulich eine konservativ-bauernbündlerische Vertrauensmännerversammlung, in welcher beschlossen wurde, einen konservativ-bauernbündlerischen Kandidaten bei den nächsten Landtagswahlen aufzustellen, da nur ein solcher den Kreis von der Sozialdemokratie zurückerobern könne. Als Kandidat ist offenbar der Bruder des „bekannten“ Abg. Schmidt-Bretten, der Sekretär des Bauernbundes, in Aussicht genommen, der in der fraglichen Versammlung das große Wort führte. Demgegenüber beschloß nun der Verbandstag der unterbadischen evangelischen Arbeitervereine folgende Resolution:

Durch die Blätter geht die Nachricht, in einer konservativen Versammlung in Sandhausen hätten zwei Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ihre Zustimmung dazu gegeben, daß die Konservativen bei der nächstjährigen Landtagswahl in dem Wahlkreise Heidelberg-Land einen eigenen Kandidaten aufstellen sollten. Da es durch diese Nachricht den Anschein haben könnte, die christlich-nationale Arbeiterbewegung stehe in besonders gutem Verhältnis zu der konservativen Partei, so erklären wir Vertreter des unterbadischen Bezirksverbandes ev. Arbeitervereine (13 Vereine mit 200 Mitgliedern): 1. Jene zwei Sprecher in der konservativen Versammlung waren niemals Vertreter (Beauftragte) der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. 2. Wir sehen es als einen Verrat an der Arbeiterfrage an, wenn Arbeiter für die konservative Partei eintreten, jene Partei, deren Parteiangehörigkeit in allen Bundesstaaten, dornehmlich in Preußen und Sachsen, sich auch nur der geringsten Erweiterung der politischen Rechte der Arbeiterschaft entgegensetzt und eine Wirtschaftspolitik treiben, die darauf ausgeht, besonders dem Arbeiterstande seine Lebensbedingungen zu erschweren. 3. Wir werden bei den nächstjährigen Landtagswahlen tunlichst nur solchen Kandidaten unsere Stimme geben, deren Parteifreunde in allen anderen Bundesstaaten für Einführung des direkten, geheimen und allgemeinen Wahlrechtes zu den Landtagen mit Energie einzutreten die Bürgschaft bieten und weiter versprechen, eine allmähliche Verbilligung der notwendigen Lebensmittels, des Brotes, und der Wohnungsmieten anzustreben. 4. Unsere Gegnerische Stellung zur Sozialdemokratie wird durch diese Erklärung nicht geändert. 5. Zur Durchsetzung unserer Forderungen werden die Vereinsmitglieder ersucht, die in Betracht kommenden Parteien durch Beitritt zu unterstützen und mit denjenigen Berufsschichten in Fühlung zu treten, welche dieselben Forderungen haben müssen, den Staats- und Privatbeamten.“

Diese Antwort läßt an Deutlichkeit gegenüber den Liebeswerbungen der Reaktionen nichts zu wünschen

Theater und Musik.

Gottstheater Karlsruhe.

Der „Freischütz“. Die Theaterferien haben ihr Ende gefunden. Als erste Vorstellung der neuen Saison fand am Dienstag eine Aufführung des „Freischütz“ statt, jener auf romantischem Gebiet unvergänglichsten Volksoper, über deren Bedeutung sich G. Geheymann, der letzte Biograph Webers, folgendermaßen ausdrückt: „Die deutschen klassischen Opern sind nicht nationale, sondern internationale Werke, wie etwa auch Mozarts „Joseph“ oder Cherubinis „Wasserträger“. Anders im „Freischütz“. Echtes deutsches Empfinden spricht aus jedem Wort und jeder Note. Nicht mehr allgemeine Idealfiguren, sondern echt nationale Charaktere grüßen uns mit den vertrauten Lauten der Muttersprache. Der weiche, schwärmerische Jüngling, die traumselige, liebende Agathe, das lustige Nennchen mit den hellen Kinderaugen und der wadere alte Kuno, sie alle begeben uns noch heute in der Wirklichkeit. Und wie die Personen, so heimelt uns auch die Szenerie an: Das Försterhaus, die Dorfchenke, der grüne Wald, das Jägerloben und die Freuden der Landleute. Mit dem Wohlgefallen am Phantastischen, Wunderbaren in der Natur traf der „Freischütz“ so recht das eigentliche Gebiet der deutschen Volksphantasie. Die wilde Jagd mit all ihrem gespenstigen Spul, diese algermanische Verflöcherung elementarer Naturkräfte, war in der Vorstellung des Volks noch so lebendig geblieben, wie vor tausend Jahren. Gerade dadurch aber, daß Weber für diese übernatürliche Welt eine musikalische Sprache fand, wurde er der Schöpfer der „romantischen Oper“.

Es ist wohl eine Gewohnheit von früheren Jahren her, daß man also bedeutenden Werken mit großen Erwartungen entgegensteht, wogegen es dann vorzukommen pflegt, daß mit

wesentlich geringeren Erfüllungen aufgewartet wird. Das war z. B. am Dienstag — wie uns unser Gewährsmann (an Stelle unseres erkrankten ständigen Theaterreferenten) schreibt, der Fall. Den „Freischütz“ mit seinen ungemessenen Schwierigkeiten als erste Vorstellung nach langen Theaterferien anzusehen, ist stets ein Risiko, wenn auch sonst gegen die Wahl dieser Oper nichts einzuwenden ist. Sie beansprucht alle ersten Kräfte, da mit Ausnahme von vielleicht zwei sämtlichen Hauptrollen sind. Man wird daher zunächst unseren Künstlern gegenüber noch einige Nachsicht walten lassen, bis sie sich wieder völlig eingewöhnt und eingewöhnt haben. Ungetrübten Genuß vermochte das Orchester unter Leitung von Alf. Lorenz zu verschaffen, insbesondere mit der in klassischen Linien korrekt wiedergegebenen Oubertüre. Den Nag sang zum erstenmale Herr Tänzler. Am meisten unterzügen ihn seine bedeutenden Stimmittel, die, wenn sie stärker ausgebildet wären, noch weit größere Wirkungen hervorbrächten. Leider hat sich der Sänger immer noch nicht darin hinreichend geschult, einen Ton oder sei es eine melodische Linie korrekt und musikalisch rein herauszubringen. Insofern blieb bei jenen so schön vertheilenden lyrischen Stellen auch die echte deutsche Innigkeit aus. Die Agathe der Frau v. Westhofen ist bekannt. Leider hatte diese echte Bühnenkünstlerin nicht ihren guten Tag, was namentlich bei den Tönen in der Höhe auffiel, die mitunter recht scharf und kurzatmig klangen. Auch Frau Wärmersberger (Nennchen) konnte sich erst im Verlauf der Oper freisprechen, wogegen ihr reizvolles schalkhaftes Spiel entschädigte. Die Herren Gorfom, Schüller, Keller, Kohn, auch in den kleinen Partien die Herren Erl und Marz haben sich erfreulichermaßen gut bewährt, was auch vom Chor, insbesondere vom Brautjungferchor, gesagt werden darf, der ein solches Studium verriet.

übrig. Man erzieht daraus, daß auch bei den christlichen Arbeitern das Klassenbewußtsein sich trotz aller Einschüflerungsversuche durchsetzt. Da von allen in diesem Wahlkreis in Betracht kommenden Parteien nur die Sozialdemokratie den in dieser Resolution geforderten Garantien gerecht wird, werden die evangelischen Arbeiter wohl nicht anders können, als dem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme zu geben. Schon bei der Landtagswahl 1905 hat das Klassenbewußtsein der nichtsozialdemokratischen Arbeiter den Ausschlag zugunsten der sozialdemokratischen Kandidaten bei der Stichwahl gegeben. Es ist demnach die Hoffnung gerechtfertigt, daß im Jahre 1909 dasselbe der Fall sein wird. Möge dieses schöne Beispiel der Klassenolidarität der Arbeiter auch sonst im Lande Nachahmung finden, namentlich auch bei den katholischen Arbeitern, damit wir nicht wieder das betäubende Schauspiel erleben, wie bei der Wahl im Bezirk Schopfheim-Schnau, wo viele kathol. Arbeiter dem erst nationalliberalen und dann plötzlich konservativ-bauerndem Agrarier Oswald ihre Stimme gaben.

Ehrung der 1848 Gestandenen.

Man schreibt uns aus Kastell:
Wie üblich, so wurde auch dieses Jahr am 30. August am Grabe der 1849 standrechtlich Erschossenen ein prächtiger Kranz niedergelegt. Etwa zwanzig Genossen beteiligten sich an der Feier. Bei diesem ernsthaften Akte fehlte es auch nicht an Humor. Als die Feier beendet war und man sich auflöste, das Denkmal zu verlassen, sah man zwei Fidele durch die Büsche glänzen. Im Eilschritt kamen zwei Schulleute auf das Denkmal zu. Mit schallendem Gelächter wurden sie empfangen. Da es nichts mehr zu tun gab, so zogen die Schulleute wieder ab. Herr Polizeikommissar Wild, welcher uns in der Engelstraße begegnete, scheint diese Staatsaktion in Szene gesetzt zu haben.

Mit wie wenig Verständnis

man in Norddeutschland die politische Aufgabe unserer Partei in Baden beurteilt, dafür liefert der „Vorwärts“ in seiner letzten Nummer einen geradezu klassischen Beweis. Herr Wg. Venedy hat in Konstanz eine Rede über die politische Lage in Baden gehalten und darin u. a. ausgeführt:

„Wenn es für ängstliche Gemüter — zu denen wir Demokraten gottlob nicht gehören — noch eines Beweises für die Bündnisfähigkeit der badischen Sozialdemokratie bedürft hätte, so würde ihn die Entschlossenheit und das Verantwortlichkeitsgefühl endgiltig erbracht haben, mit dem ihr Abgeordneter, dem großen Berliner Parteibannstrahl mutig trotzend, sich sagten: es geht nicht, daß wir uns monatelang an den Verhandlungen des Landtages beteiligen und große Ausgaben bewilligen, um uns im Augenblick der Entscheidung und Verwirklichung in den Schmolzwinkel unfruchtbarer Negation zurückzuziehen und das Finanzgesetz und damit die Mittel der Durchführung der von uns selbst mitbeschlossenen Anforderungen verweigern. Man wird es den Abgeordneten Kolb und Franz, die auf dem bevorstehenden Parteitag einen schweren Gang tun werden, hoch anrechnen müssen, daß sie der eigenen besseren Einsicht und der Vernunft gegen die verblendete Parteiführerin der Berliner Parteiführer zum Sieg verhelfen und damit den Weg der Verständigung mit den bürgerlichen Liberalen und Demokraten für die nächsten Wahlen aufs neue geebnet und gangbar gemacht haben.“

Dazu bemerkt nun der „Vorwärts“:

„Also jetzt brauchen die Liberalen unsere Hilfe nicht mehr zurückzuziehen, nachdem unsere Fraktion gezeigt hat, daß sie „Einsicht und Vernunft“ genug besitzt, um den Weg für die Verständigung mit den Liberalen und Demokraten zu ebnen.“

Von einem Zurückziehen unserer Hilfe seitens der Liberalen kann gar keine Rede sein, da wir unsere Hilfe den Liberalen niemals angetragen haben und sie ihnen auch nicht antragen werden. Die Sache liegt gerade umgekehrt. Bei den letzten Landtagswahlen sind die Liberalen zu uns gekommen und haben uns den Kompromiß angetragen. Nach Lage der politischen Verhältnisse haben sowohl die Liberalen als die Sozialdemokratie ein gemeinsames Interesse daran, daß im badischen Landtag keine ultramontane-konservative Mehrheit zustande kommt. Wenn nun ein taktisches — wohlgerichtet ein taktisches — Zusammengehen von Liberalismus und Sozialdemokratie für beide gleich erwünscht und vorteilhaft ist, so wäre es die größte politische Torheit, es absichtlich unmöglich zu machen. In Preußen würden unsere Genossen sehr gerne unsere Taktik bei den Wahlen nachmachen, — wenn es nur gelingen würde. Bis jetzt war es aber aus verschiedenen Gründen unmöglich. Anstatt nun sich darüber zu freuen, daß in Baden die politischen Verhältnisse günstiger liegen und daß hier die Sozialdemokratie als politische Partei ganz anders bewertet wird wie in Preußen und demzufolge auch einen ganz anderen Einfluß auf die Zusammensetzung des Parlaments und damit auch auf die Politik hat, sucht uns der „Vorwärts“ lächerlich zu machen und die Dinge so hinzustellen, als ob wir den Liberalen nachließen, damit sie gnädigst unsere Hilfe akzeptieren. Es könnte wirklich nichts Schlimmeres, wenn der „Vorwärts“ sich etwas eingehender mit den süddeutschen, speziell badischen politischen Verhältnissen vertraut machen würde. Jedenfalls aber ist es im höchsten Grade inkonsequent, zu behaupten, wenn ein Zusammengehen von Liberalismus und Sozialdemokratie bei den Wahlen zum preussischen Landtag unmöglich ist, und über die Taktik der badischen Genossen so abfällige Bemerkungen zu machen. Politik macht man eben nicht nur mit und durch die Agitation.

Gewerkschaftliches.

Die Arbeiter der Brauerei Braun in Oberkirch stehen mit der Firma in Konflikt. Dieselbe hat den Vertrauensmann der Brauereiarbeiter plötzlich entlassen. Bezug von Brauereiarbeitern nach Oberkirch ist fernzuhalten.
Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Aus der Partei.

Säckingen, 1. Sept. Wir machen an dieser Stelle die Mitglieder des sozialdem. Vereins auf die am Samstag, 5. Sept.

abends präzis halb 9 Uhr, in der „Germania“ stattfindende Monatsversammlung aufmerksam. Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber ist es Pflicht der Parteigenossen, pünktlich und vollständig zu erscheinen. Volksfreundliche und Parteifreunde sind freundlichst eingeladen.

Badische Chronik.

Furtwangen.

— Sozialdemokratischer Verein. Wir machen die Parteigenossen darauf aufmerksam, daß am nächsten Samstag, 5. Sept., abends 8 Uhr, im Vereinslokal Czmann eine Mitgliederversammlung stattfindet. Da eine wichtige Tagesordnung zu erledigen ist, — u. a. wird auch die Budgetabstimmung behandelt werden —, so eruchen wir die Mitglieder, pünktlich und zahlreich zu erscheinen; auch Freunde unserer Sache sind eingeladen. Die Bürgerausschussfraktion hat vollständig zu erscheinen.

— Freie Turnerschaft. Wir geben unseren Turngenossen bekannt, daß vom 1. Sept. ab die Männerriege wieder übt. Die nächste Übungsstunde findet Freitag, 4. Sept., im Lokal zum „Furtwanger Hof“ statt. Nachher findet die Monatsversammlung statt.

Die aktiven und passiven Mitglieder sind mit dem Ersuchen, recht zahlreich zu erscheinen, eingeladen.

* Todtnau, 2. Sept. Großfeuer. Gestern früh wurde unsere Stadt von einem schweren Brandunglück heimgeführt, dem in kurzer Zeit das Anwesen des Herrn Karl Thom a. I. und das des Herrn Engelhard Dieckmann zum Opfer fielen. Die meisten Einrichtungsgegenstände wurden ein Raub der Flammen, gerettet konnte nur wenig werden. Die Abgebrannten sind größtenteils versichert.

* Säckingen, 2. Sept. Leichenführung. Gestern Vormittag wurde hier aus dem Rhein eine männliche Leiche gelandet. Der Tote mag im Alter von 40—50 Jahren gestanden haben. Herkunft und Ursache des Todes ist unbekannt. Die Leiche wurde bereits auf dem hiesigen Friedhof beerdigt.

— Rascher Tod. Gestern Mittag ist die ledige Fabrikarbeiterin Magdalena Meier, die in der hies. Baumwollweberei von Werberich u. Söhne beschäftigt war, auf dem Wege zur Arbeitsstätte im hinteren Hammer vom Schläge getroffen worden und war sofort tot. Dieselbe ist 60½ Jahre alt und hat voriges Jahr das 25jährige Dienstjubiläum gefeiert.

* Vom Rodenseer, 2. Sept. Der Verein für Geschichte des Rodensees tagt nächstes Jahr in Lindau.

Schweigen, 2. Sept. Vom Tode des Ertrinkens gerettet wurde das 2 Jahre alte Kind des Maurers H. Schweiger hier, das in den Reimbach gestürzt war. Das Kind wäre ertrunken, wenn nicht der Kaufmannslehrling Karl Lehmann herbeigelaufen wäre und das Kind herausgezogen hätte.

Buchen, 2. Sept. In Sachen des an Professor Fertig verübten Mordfalls und Rindsräubers ist zu berichten, daß das Amtsgericht Stuttgart Montag Abend das Kind dem Vater wieder übergab. Letzterer traf heute Mittag mit seinem Anaben wieder hier ein. Die Mutter sowie der Inhaber des Detektivbureaus Argus, namens Meier, und seine Komplizen Kupferschmid und Schupp wurden heute aus Stuttgart, Mannheim und Buchen dem Landgericht Mosbach eingeliefert. Ueber die näheren Umstände der Festnahme schreibt das Stuttgarter „D. Volksblatt“: Eine geheimnisvolle Rindsenführung hat gestern hier großes Aufsehen verursacht. Vor dem Restaurant Koppenhöfer in der Königstraße war ein aus Mosbach in Baden kommendes Automobil vorgefahren, in welchem ein Herr und eine Dame saßen. Als der Herr und der Chauffeur das Auto verlassen hatten, um sich am Benzinhälter zu schaffen zu machen, trat ein Sicherheitsbeamter an den Wagen und richtete an die Dame die Aufforderung, einen im Wagen befindlichen 7jährigen Knaben herauszugeben. Die Dame sowohl als der Herr bestritten energisch, daß sich außer ihnen noch irgend jemand im Auto befände, erklärten sich aber bereit, mit dem Sicherheitsbeamten zur Polizei zu fahren, indem sie ihn einluden, in dem Wagen Platz zu nehmen. Auf diese Einladung ging jedoch der Beamte nicht ein, da er befürchtete, daß man es mit ihm auf eine unfreiwillige Fahrt abgesehen habe. Er hob vielmehr rasch die neben der Dame liegende Reisefedde in die Höhe, unter welcher ein ca. 7jähriger Knabe zum Vorschein kam. Der Beamte wies gleichzeitig der Dame einen Haftbefehl vor und führte sie und den Knaben in ein benachbartes Hotel, wo sie unter Bewachung blieben. Dem Herrn, dem Vernehmen nach ein Privatdetektiv, mit dessen Hilfe die Mutter die Entführung des Knaben inszeniert hatte, gelang es, zu entkommen.

Einsichtung.

Konstanz, 2. Sept. Der 49 Jahre alte, ledige Karl Ebner von Unterlauringen, der am 1. Mai ds. Js. nach zweitägiger Verhandlung vom Schwurgericht Konstanz wegen Mordes, begangen an dem Kantonspolizisten Staub aus Oberäger, zum Tode verurteilt wurde, ist, wie wir bereits gestern kurz berichteten, gestern früh 6 Uhr im Gefängnis hingerichtet worden. Er war sehr gefaßt und betete mit dem Gefängnisgeistlichen, bis er auf dem Schaffot angelangt war. Als er aufgeschmalt wurde, rief er zum Richterlich hinüber: „Man bringt einen Wahnsinnigen aufs Schaffot!“ Nach 3 Minuten war die ganze Prozedur, die recht wirkungsvoll unsere „christliche“ Moral bei bürgerlicher Bekehrung zeigt, vorüber.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 3. Sept.

An dem Bauunglück in Ettlingen

sollen jetzt auf einmal die Maurer selbst schuld sein. Die Behörde hat zwecks Untersuchung über die Ursache dieses Unglücks drei Sachverständige aufgestellt, und zwar die Herren Ph. Schumann a. d. M., Maurermeister, Karlsruhe, Architekt Heinrich, Ettlingen und den Herrn Gros von der Firma Frier u. Gros in Karlsruhe. Der Sachverständige Herr Gros hat bei dieser Gelegenheit versucht, den Ettlinger Maurern einmal eins auszuweisen, indem er diese insofern als Puschler hinstellt, als er behauptet, das sei kein Mauerwerk, das die Maurer an der Unglücksstelle aufgeführt hätten, wenn er solche Maurer in seinem Geschäft hätte, würde er diese zum Teufel jagen. Wie der Herr Gros zu einem solchen Urteil kommt, ist uns wirklich unverständlich, sollte hier ein wenig von der Voreingenommenheit, die leider

heute noch von sehr vielen Arbeitgebern den Arbeitern entgegengebracht wird, zu sehen sein, dann würden wir es wahrhaftig tief bedauern, wir könnten dann leider nicht umhin, dem Herrn Gros ohne weiteres die Fähigkeit als Sachverständiger abzusprechen.

Wir betrachten es als Ehrensache, die auf solche Art und Weise von Herrn Gros beleidigten Ettlinger Maurer in Schutz zu nehmen und stellen dem Gutachten des Herrn Gros ein anderes gegenüber: Vor allen Dingen sei gesagt, daß sämtliche an diesem Bau beschäftigten Maurer solche waren, die sich als voll leistungsfähig betrachten können, dieser Beweis ist an dem Gaswerk in Ettlingen, welches vollständig aus Bruchsteinen hergestellt ist und an dem in Frage kommenden Fabrikbau, ohne Zweifel erbracht worden.

An dem Fabrikbau, an welchem der Giebel eingestürzt ist, stehen heute noch drei weitere Giebel, die weit höher gebaut sind, als ersterer und auch nur 50 Zentimeter stark; auf diesem schwachen Mauerwerk ruht ein massives Zementdach; wenn hier nicht sehr gut gemauert wäre, dann wäre auch diese Geschichte schon zusammengefallen. Nun kommt ohne weiteres in Betracht, daß diese Mauern einer durch den Fabrikbetrieb hervorgerufenen Erschütterung, wie dies bei der eingestürzten Mauer der Fall war, nicht ausgesetzt waren, dadurch konnte sich der Mörtel ohne Störung mit den Steinen verbinden und den Verhärtungsprozess vollenden. Von einem schlechten Mörtelmaterial kann ebenfalls keine Rede sein, auch wir haben diesen an den fertigen Mauern untersucht und gefunden, daß dieser den an ihn gestellten Anforderungen entspricht. Was den Verband an dem 50 Zentimeter starken Mauerwerk anbelangt, so kann auch in dieser Beziehung den Maurern keine Schuld gegeben werden; denn an einem solch schwachen Mauerwerk aus Bruchsteinen kann auch der tüchtigste Maurer keinen besseren kunstgerechteren Verband herstellen. So viel steht für uns fest, daß jeder, der das Mauerhandwerk von Grund aus kennt und Erfahrungen auf diesem Gebiet gesammelt hat, zu der Ueberzeugung kommen muß, daß das Mauerwerk nicht anders hergestellt werden kann, als wie dies bei der eingestürzten Mauer der Fall war. Jetzt kommt man her und photographiert die Unglücksstätte, aber die, nach dem Urteil der dortigen Maurer an dem Einsturz wirkenden Erschütterungen sind auf diesem Bild leider nicht zu sehen; diese Erschütterung muß als Hauptfaktor an dem Einsturz unter allen Umständen in Betracht gezogen werden, denn eine Mauer 5—6 Meter hoch und nur 50 Zentimeter dick, auf einer alten Mauer von gleicher Höhe aufgesetzt, muß vor allen Dingen Ruhe haben und kann auf die Dauer einer solchen Erschütterung nicht widerstehen.

Wir wollen mit diesen Zeilen die Sachverständigen nicht beeinflussen, sondern wir wollen damit nur den Vorwurf, den man den Maurern macht, sie hätten schlechtes Mauerwerk geliefert, zurückweisen, in der Hoffnung, daß man die von uns angeführten Ursachen an dem Unfall einer näheren Prüfung unterzieht.

Die Geschäftsleitung der organisierten Maurer.
J. A. August Philipp.

Bürgerausschussitzung

am Montag den 31. August 1908.

Anwesend 71 Mitglieder.

Vorsitzender: 1. Bürgermeister Hörenbach.

Die erste Vorlage betrifft die Errichtung eines neuen Dampfkesselhauses mit 2 neuen Dampfkesseln im östlichen Gaswerk und Erweiterung der Einfriedigung dasselbst.

Stadtv. Pfeifer empfiehlt die Vorlage namens des Stadtverordnetenverbandes und wünscht, daß die für Unvorhergesehenes in die Kostenveranschlagung aufgenommenen Beträge in Zukunft nicht so hoch angelegt würden, wie dies vorliegendenfalls geschehen sei.

Stadtv. Riby verlangt, daß ein rascheres Tempo bei der Verlegung des Gaswerks I angefangen werde, zumal das bestehende Werk an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt sei. Infolge der veralteten Anlage entspreche das Gas auch nicht immer qualitativ allen Anforderungen.

Stadtv. Otto Müller verlangt völlige Zentralisation des Betriebs und der Verwaltung des Gaswerks und wendet sich gegen die in der Vorlage angeordnete Verlegung der Verwaltung, der Installationswerkstätten und des Magazins auf dem Plage des westlichen Gaswerks. Zugleich bittet er, zu erwägen, ob nicht durch Verlegung der Einfriedigung im östlichen Gaswerk längs des Bahndammes Erparnisse gemacht werden könnten.

Bürgermeister Hörenbach rechtfertigt die für Unvorhergesehenes eingelegten Beträge mit der Beschaffenheit des Untergrundes, der event. die Baukosten erhöhe, sowie mit den Schwankungen der Rohpreise für die zur Ausführung erforderlichen Metalle. Die Frage des Ofensystems für die neue Anlage sei noch nicht völlig geklärt, in dessen werde das endgiltige Projekt voraussichtlich im kommenden Winter vorgelegt werden. Die angelegte Zentralisation sei doch mit Rücksicht auf die Interessen des Publikums nicht unbedenklich, zumal Verwaltung und Rechnungsführung für die drei städtischen Betriebe Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk vereinigt seien.

Stadtv. Will: Für die Bewohner der Süd-, Mittel- und Oststadt, die doch wohl die Mehrzahl der Bevölkerung darstellen, sei die Verlegung aller Bureaus nach dem östlichen Gaswerk erwünscht. Die Verhältnisse der Gaswerksarbeiter bedürften dringend einer Besserung, insbesondere der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit. Ueberhaupt warteten heute noch alle städtischen Arbeiter auf die Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse, obwohl der Bürgerausschuss vor langer Zeit die Mittel hierzu bewilligt habe. Früher hätte man solche Wünsche noch in der sozialen Kommission vortragen können; allein mit dem Tode des Oberbürgermeisters Schneker habe auch diese ansehenswerte ihre Ende gefunden.

Bürgermeister Hörenbach: Bei dem jetzigen Retortensystem im Gaswerk könne man ohne erheblichen Aufwand nicht zur achtstündigen Arbeitszeit übergehen. Bei der jetzt noch bestehenden Arbeitsteilung müsse man doch übrigens auch berücksichtigen, daß längere Erholungsperioden vorgesehen seien. Daß es noch nicht möglich gewesen sei, die Vorlage wegen der Lohn-erhöhung der städtischen Arbeiter dem Bürgerausschuss zu unterbreiten, bedauere die Stadtverwaltung selbst lebhaft; indes sei der Oberbürgermeister durch die gleichzeitige Tagung der ersten Kammer in diesem Sommer zu sehr in Anspruch genommen gewesen. Auch die soziale Kommission werde demnächst wieder einberufen werden.

Stadtv. Ettlinger hält die Trennung von Werk und Verwaltung nicht für zweckmäßig und empfiehlt die Errichtung einer Auskunftsstelle im Zentrum der Stadt.

Fortsetzung auf der 7. Seite.

Unterhaltungsblatt zum Volksfreund

Prof. Dr. G. Hermanns Münchener Anzeiger, deren neuere, bedeutend vermehrte Auflage (Gesamt 3 Bde. = 250 Mk., auf Verlangen mit 10 Bänden 6 Bde. = 6 Mk.), eben bei G. Freytag u. Berndt, Wien, VIII., Spottentelstraße 62, erschienen ist. In ankünd. ambros.

Einen erst von unseren Kindern kennen, was es ist und was falsche „Scham“ heißt. Dem Kinde, das täglich seinen nachten Körper fröhlich und ihm genau kommt, wird auch ein nachtes Menschenbild nicht als

Hierauf wird die erste Vorlage betreffs des Dampfessels im östlichen Gaswerk einstimmig angenommen.

Die zweite Vorlage betrifft die Verstärkung der Wasserrohre auf 100 Millimeter Lichtweite im Interesse des Feuerwerks für verschiedene Straßennetzen der Altstadt.

Stadtv. Stilling empfiehlt namens des Stadtv. Vorstands die Annahme derselben mit dem Bemerkten, daß der Vorstand mit dem Stadtrat der Ansicht sei, daß zur Entnahme von Geldern aus dem im Gemeindevoranschlag eingestellten Erweiterungsfond immer noch besondere Genehmigung des Bürgerausschusses erforderlich sei.

Bürgermeister Föhrenbach: Obwohl man über diese Vorlage freieren könne und er selbst früher anderer Ansicht gewesen sei, stehe doch der Stadtrat auf dem Standpunkt des Vorstands und werde an diesem auch künftig festhalten.

Stadtv. Heußer: Die Anregung zur Verstärkung der Wasserrohre in verschiedenen Straßen der Altstadt sei von der freiwilligen Feuerwehr vor 10 oder 15 Jahren gemacht worden.

Bürgermeister Föhrenbach bestätigt dies mit dem Bemerkten, daß der vom Stadtrat bestellte Sachverständige für Wasserwerk wieder auf jene Anregung zurückgekommen sei.

Hierauf wird auch diese Vorlage einstimmig angenommen. Nach der 3. Vorlage sollen 27 ältere Motorwagen der Stadt mit einem Aufwande von höchstens 95 600 Mk. mit stärkeren Motoren ausgerüstet werden.

Stadtv. Willi empfiehlt die Vorlage namens des Stadtv. Vorstands und bebauert, daß sie nicht schon früher gekommen wäre, überhaupt mühten veraltete Einrichtungen in städtischen Straßen möglichst rasch beseitigt werden.

Stadtv. Ernst Oberle tritt namens der wirtschaftlichen Kommission für die Vorlage ein. Er wünscht Abänderung der Kostenbeiträge an einigen Straßenbahnwagen und Verbesserung der Werkstättenverhältnisse.

Stadtv. Buse beanstandet die Konstruktion des Unterbaus der Wagen, durch welche Geräusche unangenehmer Art hervorgerufen würden. Die Verhältnisse in der Werkstatt der Straßenbahn bedürften im Interesse der Gesundheit der Arbeiter einer baldigen Verbesserung, insbesondere betr. Heizung und Ventilation. Der Neubau solle rasch ausgeführt werden.

Seine Anfrage, ob die neuen Motoren tatsächlich schon vergeben seien, beantwortet

Bürgermeister Föhrenbach dahin, daß man, um die besonders günstige Konjunktur auszunutzen zu können, mit Firmen in Unterhandlung getreten sei, aber natürlich vorbehaltlich der Genehmigung der Mittel durch den Bürgerausschuß. Die voraussichtlich hierdurch erzielte Preisermäßigung rechtfertige das Vorgehen der Stadtverwaltung, von der man doch immer verlange, daß sie ihre Geschäfte wie ein guter Kaufmann führe. (Sehr richtig! von verschiedenen Seiten.)

Straßenbahndirektor Busebaum erklärt die hohen Trittschritte durch die frühere Akkumulatoreinrichtung und verspricht Abhilfe durch andere Einrichtung der Federn der Wagen. Die von der Privatgesellschaft übernommene Werkstätte mit ihren Einrichtungen sei allerdings nicht musterhaft, doch sei es unzulässig, auf dieselbe noch beträchtliche Aufwendungen zu machen, wo man doch vor einem Neubau stehe.

Stadtv. Sauer wünscht, daß man bei Vergabe der Motoren die einheimische Industrie berücksichtige; insbesondere wegen des Arbeitsmangels derselben.

Bürgermeister Föhrenbach: Ihm sei nicht bekannt gewesen, daß hier ein industrieller Betrieb sei, der für die benötigten Straßenbahnmotoren eingerichtet sei. Da die Stadtverwaltung sich gegenüber einer auswärtigen Firma nicht gebunden, sondern nur letztere durch ihr Angebot verpflichtet sei, werde man jedenfalls noch bei der hiesigen Firma anfragen.

Straßenbahndirektor Busebaum: Zum Bau von Straßenbahnmotoren seien langjährige Erfahrungen erforderlich. Die Vorsehung bei einer Firma, die zum erstenmal solche hergestellt, sei ein gewagtes Experiment.

Stadtrat Osterlag erklärt: Er sei wohl bekannt dafür, daß er eiferfüchtig darüber wache, daß alle von der Stadt zu vergebenden Arbeiten, wenn irgend möglich, hier gemacht würden. Trotzdem könne er im vorliegenden Falle nicht empfehlen, daß die Stadt das Risiko mit einer hiesigen Firma übernehme, die solche Motoren überhaupt noch nicht gebaut hätte.

Stadtv. Sauer bemerkt, die hiesige Firma habe schon früher schmerzlich empfunden, daß sie von der Verwaltung der eigenen Stadt bei Aufträgen übergangen worden sei und verlangt wiederholt Berücksichtigung derselben.

Stadtv. Dr. Knittel rät, die jetzt bedürftigste Lieferung nach dem Antrag des Straßenbahnamts zu vergeben, indessen bei der hiesigen Firma später mit einem oder zwei Motoren einen Versuch zu machen.

Stadtv. Otto Müller bemerkt, man sei sich doch einig darüber, daß städtische Arbeiten im allgemeinen möglichst hier zur Vergabe kommen sollten. Für tadellose Ausführung könne man sich durch entsprechende Garantien sichern. Im vorliegenden Falle müsse man sich aber mit der Erklärung des Bürgermeisters zufrieden geben.

Hierauf wurde die Vorlage einstimmig angenommen. (Fortsetzung folgt.)

Kolosseum.

Zur Eröffnung der Winteraison repräsentiert sich der Kolosseumsaal in neuem Kleide. Der Saal ist umgebaut und hergerichtet, Eingang und Foyer neu erstellt. Außerdem ist die Beleuchtung neu installiert und das Inventar erneuert, so daß der Saal jetzt einen modernen großstädtischen Eindruck macht.

Das Eröffnungsprogramm vom 1.—15. Sept. ist ein vorzügliches. Als Tyrolische-Sängerin tritt zuerst Fräulein Alice Willis auf, eine jugendliche Erscheinung mit vorzüglicher Stimme. Sehr gut und sicher arbeiten die Keulen-Jongleure, die Wallaston Comp. Der Musikant A. Labari stellt sich als moderner Zauberfünftler vor, der recht gelungene und zum Teil verblüffende Täuschungen vorführt. Burton und Maho geben sich als Reklamer durch elegante Auftreten und hervorragende gymnastische Leistungen aus. Der Komiker Rud. Müller erzielt einen derart durchschlagenden Erfolg mit seinen Originalvorträgen, daß er mehrmals hervorgerufen wurde. Auch die Quilibristen The Lees sind eine Glanznummer, die stark applaudiert wurde. Miß Béla tritt auf der Bühne als flotte Schulkinderin auf zwei Pferden auf, was bei den beschränkten Bühnenverhältnissen für eine derartige Produktion immerhin eine Leistung ist. Den Schluß bildete die sehr gelungene Nummer der Excentric-Akrobaten The Hamilton und das Royal Photo-Tableau mit seinen lebenden Photographien.

Neues vom Tage.

Düsseldorf, 2. Sept. Zwei aus der Irrenanstalt in Köln entflozene Mörder halten die Landbevölkerung am Rhein durch fortgesetzte Gewalttaten in Schreden. Der eine, der berühmte Raubmörder Töller aus Duisburg, verübte einen Straßenmord, Einbrüche, Sittlichkeitsverbrechen und versuchte einen weiteren Mord. Es gelang, ihn im Spelborfer Walde festzunehmen. Der zweite Mörder namens Brenner, der vor Jahren seinen Bruder tötete, konnte noch nicht festgenommen werden.

Letzte Post.

Termin für die hessischen Landtagswahlen. Darmstadt, 2. Sept. Die Neuwahlen zum 34. Landtag wurden ausgeschrieben. Die Wahlmännerwahlen sind auf 28. Oktober und die Abgeordnetenwahlen auf den 7. November festgesetzt worden. Mit dem Auflegen der Wählerlisten wird am 12. Oktober begonnen.

Die Franzosen in Marokko. Paris, 2. Sept. General Bailloud berichtet, daß die marokkanischen Truppen gestern versuchten, das Blockhaus in der Nähe von Bu Denib einzunehmen. Die Marokkaner, in großer Zahl, griffen das Blockhaus nachmittags 1 Uhr an und das Gefecht dauerte bis 7 Uhr abends. Die Franzosen richteten mit ihrem Geschütz- und Gewehrfeuer in den Reihen der Angreifer große Verheerungen an. Die Franzosen hatten einen schwer und einen leicht verwundeten Legionär. Die Verluste der Marokkaner sind nicht bekannt, aber bedeutend. Die Marokkaner halten die Höhenzüge in der Umgebung besetzt und General Bailloud teilt mit, daß ein Massenangriff gegen die französischen Stellungen im Laufe der Nacht oder früh morgens erwartet wird.

Vereinsanzeiger.

- Karlsruhe. (Sängerbund Vorwärts.) Heute nach Schluß der Singstunde Mitgliederversammlung. Wahl der Delegierten zur Bundesgeneralversammlung. Zahlreiches Erscheinen erwartet. 8958 Der Vorstand.
Karlsruhe. (Gesangverein „Lassallia“.) Heute Donnerstag Abend halb 9 Uhr aus besonderem Anlaß Zusammenkunft der Sänger in der „Gartenlaube“. 8952
Karlsruhe-Mühlburg. (Gesangverein Bruderbund.) Umständehalber findet die Singstunde morgen Abend punkt halb 9 Uhr im Saale der „Drei Birnen“ in Mühlburg statt. Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Realgymnasium Karlsruhe (Jug. Reformgymnasium).

Vom September d. J. ab wird unsere Anstalt in zwei Schulen zerlegt: in die „Goetheschule (Realgymnasium mit Gymnasialabteilung)“, die das neue Gebäude an der Gartenstraße bezieht und unter der Direktion des Unterzeichneten stehen wird, und in die „Friedrichschule (Realgymnasium)“, die im alten Gebäude an der Schulstraße verbleiben wird. Die Anmeldungen neuer Schüler haben zu geschehen am Samstag, 12. September von 8 bis 12 Uhr und zwar in demjenigen Schulgebäude, dem sie voraussichtlich zu dauerndem Besuch zugewiesen werden. Die endgültige Zuteilung aller Schüler an die beiden Anstalten behaltten sich deren Direktionen vor; maßgebend wird dabei sein in erster Reihe die Art und Anzahl der in den beiden Schulgebäuden unterzubringenden Klassen, in zweiter Reihe die Lage der Wohnungen der Schüler. Die Anmeldung und Vorstellung der aufzunehmenden Schüler hat durch deren Eltern oder ihre erwachsenen Stellvertreter zu geschehen. Dabei muß der Geburts- und der (Wieder-)Zusammenkunft sowie das letzte Schulzeugnis vorgelegt werden. Karlsruhe, 24. August 1908. Großherzogliche Direktion: Treutlein.

Gipser = Besuch

10—20 tüchtige Gipser finden sofort dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn und Akkord-sätzen. Offerten an Griesbach & Großmann, Hoflieferanten, Essen, Ruhr (Rheinland), Herkulesstraße 15. 8921

Aus dem Land der unbegrenzten Möglichkeiten.

Festabend. Pädagogische Vorbeugung.

Beginn: Donnerstag den 3. Septemb. S. Model Donnerstag den 3. Septemb.

Räumungs-Verkauf wegen Geschäfts-Uebernahme.

Um vor Beginn der Saison mit den von meinem Vorgänger übernommenen Lagerbeständen in sämtlichen Abteilungen komplett zu räumen, habe ich dieselben ganz bedeutend im Preise reduziert und unterstelle sie von Donnerstag, den 3. September 1908 an einem

Räumungs-Verkauf zu Inventur-Preisen.

Kinder-Konfektion. Woll. Kinderkleidchen früher M 25 jetzt von M 2.90 an. Woll. Mädchenkleider, „ „ 36 „ „ „ 9.50 „. Backtschleider, „ „ 45 „ „ „ 5.— „. Mädchen-Jacken „ „ 25 „ „ „ 6.— „. Kinder-Capes (marine) „ „ 12 „ „ „ 3.— „. Mädchen-Blusen, „ „ 15 „ „ „ 2.75 „.

Damen-Konfektion. Seldene Blusen, früher M 58.— jetzt von M 7.75 an. Wollene Blusen, „ „ 26.— „ „ „ 2.75 „. Fussfr. Kostüm-Röcke, „ „ 55.— „ „ „ 5.75 „. Lange Kostüm-Röcke, „ „ 72.— „ „ „ 13.— „. Waschröcke, „ „ 29.50 „ „ „ 2.50 „.

Woll. Knaben-Anzüge, früher M 25 jetzt von M 4.75 an. Knaben-Jacken u. Paletots, „ „ 30 „ „ „ 6.— „. Unterröcke. Unterröcke in Lustre, Moiré und Velour, früher bis M 82.— jetzt von M 5.75 an. Unterröcke in Seide, elegante Stücke, früher bis M 95.— jetzt von M 15.— an.

Garnierte Kostüme früher M 175 jetzt von M 19.50 an. Jacken-Kostüme, „ „ 275 „ „ „ 15.— „. Weiße Tüll- u. Japonkleider „ „ 158 „ „ „ 12.— „. Waschkleider, „ „ 65 „ „ „ 6.— „. Eingrosser Posten Modelle früher bis M 500.— jetzt v. M 95.— an. Wollene Morgenröcke, früher b. M 85, jetzt v. M 14.75 an. Wasch- u. Mousseline-Morgenröcke, „ „ 48, „ „ „ 3.25 „.

Die Ausverkaufspreise sind neben dem Original-Preisen mit Blaustift vermerkt.

Zum Schul-Anfang.

Rechnenblätter in Feste per 25 Stück 8
Rechnenblätter in jeder Größe, St. 8, 5, 4, 3, 2, 1
Notesstifte Stück 6
Tintenstifte Stück 12, 7
Tintengummi Stück 5, 3
Kaisertinte Flasche 9, 5
Reichstinte Flasche 38, 23
Flüssiger Leim Flasche 5
Federhalter Stück 5, 4, 3, 2, 1
Schiefergriffel mit u. ohne Linien, St. 24, 21
Schiefergriffel, 100 Stück 45 3/4, 10 Stück 6
Griffelhalter Stück 5
Schreibfedern „G“, „F“ und Rose, Duzd. 8
Bremer Börse-Federn Duzd. 10
Kugelspitz-Federn Duzd. 18
Federkasten Stück 38, 35, 22, 15, 9, 7
Rechnägel 12 Duzd. 24 3/4, 3 Duzd. 8
Schreibzunge Stück 125, 75, 68, 48
 3045

Kollegmappen, mit und ohne Falten Stück 75, 68, 48, 32 3/4
Aufgabebücher Stück 5, 3 3/4
Schulmappen aus Stoff St. 60, 48, 42, 35 3/4

Schulranzen

für Knaben und Mädchen von 0.85 bis 7.50

Schürzen-Siamosen, ca. 120 cm br., hell u. dunkel gestreift u. kar. Mr. 95, 85, 65 3/4
Schürzen-Panama, schwarz, ca. 100 cm breit Mr. 145, 110, 85 3/4
Schürzen-Lüster, grau, ca. 100 cm breit Mr. 145, 125, 95 3/4
Kinder-Taschentücher, bunt oder weiß, Duzd. 65, 55, 48, 42, 38 3/4

Schulstiefel, Bilsleder, 3 Knöpfen od. Schnüren Größe 25-26 27-30 31-35
 Paar 2.85 3.65 3.95 M
Knaben-Schulstiefel, extra stark Marke: Größe 27-30 31-35
 Brettener Gundle Paar 4.50 4.95 M
Turnschuhe, beste Qualität Größe 25-29 30-35 36-41
 Paar 1.45 1.75 1.95 M
Turnschlappen, weiß Paar 95 3/4
Schulschürzen, bunt Größe 65 70 75 80
 Stück 95 3/4 1.05 1.15 1.25 M
Schwarze Kinderschürzen, Panama weit unter Größe 45 bis 60 65 bis 80
 Preis Stück 1.10 1.40 M
Knaben-Sweaters Größe 1 2 3 4
 Stück 85 3/4 95 3/4 1.10 1.30 M

Schul-Mützen für Knaben und Mädchen, in allen modernen Facons von 35 3/4 bis 2.75

Knaben-Anzüge und Mädchen-Kleider in größter Auswahl enorm billig!

Schul-Capes in blau u. grau für Knaben und Mädchen aus guten Stoffen, in la. Verarbeitung von 3.90 an

Wollene Kinderstrümpfe schwarz und farbig in allen Größen und Preislagen.

H. Schmoller & Cie.

Todes-Anzeige.
 Verwandten und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unser liebes Kind
Hedwig
 nach schwerem Leiden Dienstag nacht 11 Uhr sanft entschlafen ist.
 Beerdigung Freitag morgen 10 Uhr.
Familie Lingelbach
 Durlacherstraße 56.

Konstanz.
 Diejenigen Abonnenten des „Volksfreund“, welche durch den Wechsel des Filialinhabers die Zeitung unregelmäßig oder gar nicht erhalten haben, bitten wir, ihre Adressen in der Restauration „Helvetia“ abzugeben.
 Der Vorstand des sozialdem. Vereins.

Von der Reise zurück.
Dr. Alfons Fischer
 Spezialarzt für innere Krankheiten.
 Kriegsstraße 93. 8897 Telefon 1091.

Freiburg i. B.
Preisauflschlag der Friseure.
 Meiner verehrl. Kundschaft zur gest. Kenntnisnahme, daß der eingeführte Preisauflschlag für mein Geschäft nicht zutrifft. Der Preis für Rasieren, Haarschneiden usw. bleibt der gleiche wie bisher.
 Der Freiburger Arbeiterschaft bringe ich hiermit mein Geschäft in empfehlende Erinnerung und bitte um geneigten Zuspruch.
 3946 Hochachtungsvoll
A. Külling, Friseur
 Gerberau 24.

Professor L. Werners Bibliothek für das praktische Leben.
 Diese **Universal-Auskunfts-Nachschlage- und Handbücher** erfüllen den Zweck, jedem Staatsbürger in jedem Falle des praktischen Lebens **Rat und Beistand** zu leisten. Das Werk gibt in zuverlässiger und erschöpfender Weise über alle nur denkbaren Fragen Auskunft z. B. auf den Gebieten des **deutschen Rechtswesens, Erziehung und Berufswahl, Gesundheit und Krankheit, Verkehrs- und Versicherungswesen, Haus- und Zimmergärtnerei**, **des schriftl. Verkehrs im öffentlichen u. privaten Lebens, Redekunst und Rechtschreibung, Umgangsregeln, Bauwesen, Bank- u. Börsenwesen** und vielen anderen Gebieten.
 Reich ausgestattet mit sehr vielen Abbildungen, farbigen Tafeln, Vorlagen und Mustern, sowie einem komplizierten Verkehrsatlas.
 8 hohelegante umfangreiche Prachtbände à Mk. 10.75.
Ansichtsendungen. Teilzahlungen.
 Verlag: **Potsdam.**

Russen, Schwaben
 Küchenkäfer aller Art tötet sicher
Zirpilin.
 Kein Betäubungsmittel, die Tiere trocken zur Schuppe ein; Erfolg garantiert. Streudose — 60, Kilopacket 4.50.
 Chem. Laborat. Kroatol, Karlsruhe i. B.
 O. Mayer, Wilhelmstr. F. Reiss, Luisenstr. M. Strauss, Hardtstr. W. Tscherning, Amalienstr. Th. Walz, Kurvenstr. Baden-Baden: W. Hupka, G. Schreck, Drogerie Vogel; Durlach: Einhornapotheke, Drogerie G. F. Blum; Ettlingen: Stadtpotheke, Friedrichsapotheke, R. Ruf; Lahr: P. Menzel, G. Himmelsbach; Offenburg: L. Leidner; Pforzheim: A. Jaeger, C. Huthstetner; Rastatt: R. Oster, J. Weinbuch. 2814

Lotterie-Spieler!
 Am 12.-15. September spielt als erste von allen anderen Ziehungen die
3. Grosse Weimarer Geld-Lotterie
 mit 3333 Geldgewinnen von 45000, 20000, 5000 Mk. Lose à 1 Mk., 11 Stück 10 Mk., empfiehlt die Generalagentur für ganz Baden: 3956
Lotteriebanc G. m. b. H. nur Kaiserstr. 56
 H. Göhringer R. A. Göhringer
 Ebenso empfehlen wir Badener, Strassburger, Darmstädter, Münchener, Radolfzeller und Rastatter Lose.
 Gerwigstr. 35, 4. St., per sofort ein einfaches und ein gut möbliertes Zimmer billig zu vermieten.
Kinderbettstatt, eiserne, gebräuchl., braucht. Gef. Offert. an die Exped. d. Bl. erbeten.

400 Mtr. bessere Herrenkleider Stoffpreise
 sind enorm billiger abzugeben
 Karlsruhe, Kaiserstr. 93, 12.

An- u. Verkauf
 getragen, gut erhalten, Herren- u. Damenkleider, Schuhe, etc. Zahl hohe Preise. Postlagerm. Frau Rosa G. Brunnenstr. 5, nächst der Grafenstraße.

Den besten **Blauleinen-Anzug** für 5.00 Mk. kauft man bei **J. Schneyer** Werberplatz.

Junges Mädchen, das gut Diktat stenographiert und die Schreibmaschine bedienen kann, sucht Anfangsstelle auf einem Anwalts- oder sonstigen Bureau. Offerten unter Nr. 100 an die Expedition des Volksfreund.

Kochherd-Abschlag
 Niederlage der **Ersten Rastatter Herdfabrik.**
Weiff. und Ralfatter Emailherde.
 Interessenten wollen meine **Kochherd-Ausstellung** in der Loreinfahrt besichtigen. — An jedem Herd ein Preis zu sehen.
Große Auswahl sämtlicher Haus- u. Kitchengeräte.
 Aluminium, sowie d. berühmte Cosmos-Email-Geschirre.
Dr. Schmid's Glühstrümpfe
 Auf sämtliche Artikel Rabattmarken. — Bei ganzen Herden Vorzugspreise. Nur beim
Herd- und Eisen-Blum
 49 Schützenstraße 49.

Hausfrauen, kauft nur **MAGGI'S Würze** mit dem Kreuzstern
 — Probebläschen 10 Pfg. —
 denn sie ist einzig in ihrer Art und altbewährt; sie übertrifft alle zum gleichen Zweck angepriesenen Präparate.
 3948 **Sehr ausgiebig: Man vermenge stets den Würzestoff**

Man lasse MAGGI'S Würze nur in MAGGI'S Originalbläschen nachfüllen, weil in diese geschickt nichts anderes als echte MAGGI-Würze gefüllt werden darf.

Ein gebrauchte Nähmaschinen billig zu verkaufen. **Essenweinstraße 22.**
Zwei wenig gebrauchte, saubere Hobelbänke preiswert zu verkaufen. **Kronenstraße 25.**
 Ein gut erhalt. **Schlosserwerkzeug** billig zu verkaufen. **Wilhelmstr. 15, 4. St.**
 Ein Kinderbettstelle m. Matratze guterhalt., kleiner Divan, 12 M., Waschkommode, 14 M., Waschtisch 8 M., 2 St. Kleiderkasten, 20 M., Stühle, St. 1.80 M., Waschtisch 1 M., Deckbett, 8 M., Kissen, 2 M., Chiffonier, eleg. Vertikal, 12 M., bill. abzug., viered. Stimmstuhl 8 M., Nachtisch, 3 M., Ovaltisch 4 M., Spiegel, 1 M., sehr schöne, weiße Seidenbatist-Blusen, 1.80 M., fert. Blusen, Unterwäsche, 1.80 M., fert. Blusen, Unterwäsche, 1.80 M., fert. Blusen, Unterwäsche, 1.80 M.

Arbeiter
 kaufen ihren Bedarf in Arbeitkleidern, Unterkleidern etc. mit Vorteilen bei **S. Feininger, Freiburg**, Unter Linden 5, Graf's Weinstraße gegenüber Mitglied des Rabattvereins.

Alona Fahrräder
 u. Zubehörsache enorm billig Kataloge gratis. Vertreter sucht. **Fahrradhaus Witten**, Freiburg i. B. G. 3045

An- u. Verkauf
 getragen, gut erhalten, Herren- u. Damenkleider, Schuhe, etc. Zahl hohe Preise. Postlagerm. Frau Rosa G. Brunnenstr. 5, nächst der Grafenstraße.

Den besten **Blauleinen-Anzug** für 5.00 Mk. kauft man bei **J. Schneyer** Werberplatz.

Junges Mädchen, das gut Diktat stenographiert und die Schreibmaschine bedienen kann, sucht Anfangsstelle auf einem Anwalts- oder sonstigen Bureau. Offerten unter Nr. 100 an die Expedition des Volksfreund.

Kochherd-Abschlag
 Niederlage der **Ersten Rastatter Herdfabrik.**
Weiff. und Ralfatter Emailherde.
 Interessenten wollen meine **Kochherd-Ausstellung** in der Loreinfahrt besichtigen. — An jedem Herd ein Preis zu sehen.
Große Auswahl sämtlicher Haus- u. Kitchengeräte.
 Aluminium, sowie d. berühmte Cosmos-Email-Geschirre.
Dr. Schmid's Glühstrümpfe
 Auf sämtliche Artikel Rabattmarken. — Bei ganzen Herden Vorzugspreise. Nur beim
Herd- und Eisen-Blum
 49 Schützenstraße 49.

Hausfrauen, kauft nur **MAGGI'S Würze** mit dem Kreuzstern
 — Probebläschen 10 Pfg. —
 denn sie ist einzig in ihrer Art und altbewährt; sie übertrifft alle zum gleichen Zweck angepriesenen Präparate.
 3948 **Sehr ausgiebig: Man vermenge stets den Würzestoff**

Man lasse MAGGI'S Würze nur in MAGGI'S Originalbläschen nachfüllen, weil in diese geschickt nichts anderes als echte MAGGI-Würze gefüllt werden darf.